Ahamba

monatliche erscheinendes Magazin mit politischem Anspruch
subkultureller Veranstaltungshinweiser für Oldenburg (Oldb)

FEBRUAR 2007

Diesen Monat: grosses Elefanten-Special!

ansonsten:

Bullenmorde in D
Thesen zu Fragen des prekären Lebens
Halbe
NWZ vs. Kartellamt
Thesen zu Migration
...

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

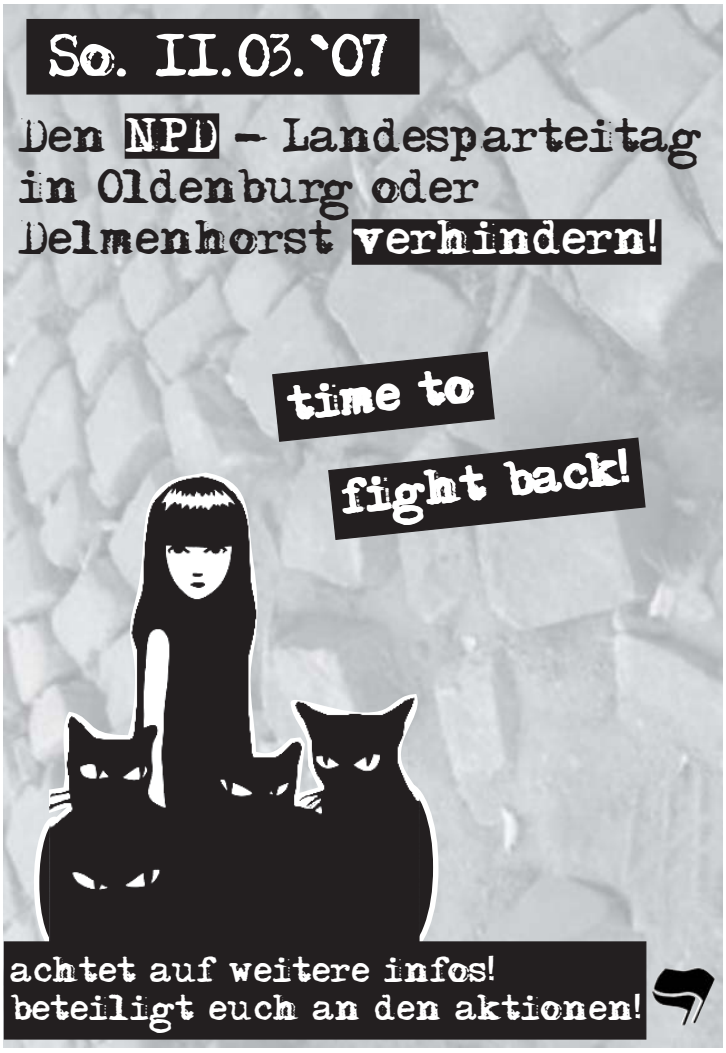
AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

nwz
vs.bundeskartellamt 3
antifa
vs. justiz in B 4
black power
vs. bullen in D 6
8 thesen zu migration
vs. denkfaulheit 8
halbe
vs. nazigedenken 13
benjamin blümchen
vs. bundesamt 14
prekariat
vs. realität 18
crush hour
vs. langeweile 23



Beteilige und herrsche

DAS Bundeskartellamt hat die Unternehmensgruppe rund um die Nordwest-Zeitung im niedersächsischen Oldenburg wegen einer unrechtmäßigen Beteiligung an der Ostfriesen Zeitung in Leer abgemahnt und damit ein Entflechtungsverfahren eingeleitet. Mit dem geforderten Ausstieg aus der ZGO Zeitungsgruppe Ostfriesland eröffnet das Bundeskartellamt eine ganze Reihe von Verfahren gegen den Oldenburger Verlag und seine Eigner, denen zahlreiche unrechtmäßige Beteiligungen an Medienunternehmen vorgeworfen werden. Dabei geht es um weitere Tageszeitungen und um Anzeigenblätter vornehmlich im Nordwesten Niedersachsens, aber auch um Radiobeteiligungen in anderen Bundesländern. Insgesamt dürfte es sich bundesweit um die umfangreichsten Entflechtungsmaßnahmen zumindest der vergangenen Jahrzehnte im Medienbereich handeln. Das Unternehmen der Nordwest-Zeitung zählt zu den Regionalzeitungsverlagen, die auf der Basis einer überwiegenden Monopolstellung und eines sprudelnden Werbemarktes in den achtziger und neunziger Jahren den üppigen Verdienst für eine rasche Expansion genutzt hatten.

IM ausgedünnten Zeitungsmarkt der Region fehlten aber Objekte, deren Übernahme nicht mit kartellrechtlichen Problemen verbunden war. In Oldenburg scheint man das Problem mit phantasiereichen Beteiligungs-konstruktionen zunächst am Bundeskartellamt vorbei gelöst zu haben.

NACHDEM das Amt im Juni auf erste Unregelmäßigkeiten aufmerksam geworden war, der Oldenburger Verlag aber weiterhin nicht zur Kooperation bereit war, haben die Richter den Verlag durchsucht und mehr als 100 Aktenordner zur Auswertung mitgenommen. Die monatelangen Sichtungen offenbarten ein Beteiligungsgestrüpp, das offenbar vielfältige Rechtsverstöße kaschierte und nun gelichtet werden soll. Eine nachträgliche Billigung kommt zumeist nicht in Frage

DIE im Kartellrecht vorgeschriebene Anmeldung von Übernahmen beim Bundeskartellamt war anscheinend immer mal wieder „vergessen" worden. Eine nachträgliche Billigung kommt in einer Reihe von Fällen nicht in Frage, weil kartellrechtliche Beteiligungsgrenzen überschritten wurden, so auch bei der Ostfriesen Zeitung in Leer.

URSPRÜNGLICH gehörte die Zeitung mit einer Auflage von heute 37 000 Exemplaren den kleinen Zeitungsverlegern in Ostfriesland gemeinsam, die mit ihren Lokalzeitungen jeweils nur Auflagen von weniger als 15 000 Exemplaren erreichen. Das Gemeinschaftsunternehmen in Leer sollte die eigenen Teilmärkte auch gegen den einzigen Großverlag in der Nachbarschaft schützen.

REINHARD Köser, Verleger der Nordwest-Zeitung (123 000 Exemplare), konnte aber schließlich erste Anteile übernehmen und - so halten ihm die Kartellwächter vor - über die Maßen ausdehnen. Offiziell hält die Nordwest-Medien in Oldenburg nur 15,6 Prozent. Eine weitere Beteiligung von knapp 20 Prozent hält die KB Vermögensverwaltungsgesellschaft, deren Abkürzung für die Eignerfamilien Köser und von Bothmer steht, die sich je zur Hälfte die Mediengruppe in Oldenburg teilen.

KONSTRUKTIONEN mit auf den ersten Blick unverfänglichen Beteiligungshöhen wurden in der Medienbranche spätestens durch den letztlich gescheiterten Fernsehunternehmer Leo Kirch bekannt, der gleichfalls das so genannte Familiensplitting nutzte, um durch die Aufteilung vonBeteiligungen Obergrenzen zu umgehen.

AUF solche fragwürdigen Beteiligungsverhältnisse sind die Kartellrichter im derzeit laufenden Verfahren auch andernorts gestoßen. Bei der benachbarten Emder Zeitung (10 600 Exemplare) hatte das Bundeskartellamt eine weitgehende Übernahme durch die Oldenburger Ende der neunziger Jahre untersagt. Zunächst mussten sich die Oldenburger mit einer zulässigen Beteiligung von 24 Prozent begnügen. Lederwerk und Bauunternehmenin der Zeitungsbranche

INZWISCHEN gehört der Verlag vollständig einer in Hamburg ansässigen Beteiligungsgesellschaft. An dieser wiederum sind neben der Nordwest-Medien offiziell auch ein Bauunternehmen und ein Lederwerk beteiligt, die sich anscheinend oder nur scheinbar für die Zeitungsbranche in Ostfriesland interessieren. In Emden wird das Bundeskartellamt nun genau so eine Entflechtung verlangen wie beim Ostfriesischen Kurier (14 000) in Norden. Dort wird die Beteiligung über Mitglieder der Familien Köser und von Bothmer gehalten.

VERLEGER Reinhard Köser, der inzwischen das Tagesgeschäft an angestellte Geschäftsführer übergeben hat, war schon vor Jahren mit seinem Expansionsdrang aufgefallen. Ende 1998 hatte er die verbliebenen Verleger in Ostfriesland aufgeschreckt, als er bei einem Treffen Ostfriesland zu seiner „Interessensphäre" erklärt haben soll.

ZWEI Jahre später konstatierte ein von den Mediengewerkschaften herausgegebener Medienatlas Niedersachsen-Bremen: „Dass der muntere Verleger Reinhard Köser ausgerechnet in seinem Stammgebiet nur fremde Anzeigenblattverlage grasen lässt, ist mehr als unwahrscheinlich." Die Autoren kommentierten denn auch, dass bei diesen Verlagen „Rechtsanwälte als offizielle Eigner tatsächlich das Sagen haben, würde überraschen".

DIE Recherchen des Bundeskartellamts haben nun auch bei Anzeigenblättern unzulässige Beteiligungen offen gelegt. Auch in diesen Fällen strebt das Amt Entflechtungen an.

ÄHNLICHES gilt auch für Beteiligungen an privaten Radiosendern. Verleger Köser hatte sich weit über das Stammgebiet hinaus an Radiounternehmen in Bremen, Hamburg, Berlin und Sachsen- Anhalt beteiligt und auch dabei offenbar die zulässigen Grenzen überschritten.

DIESE Erkenntnisse dürften auch manchen Privatfunkkontrolleur der Landesmedienanstalten überraschen und rundfunkrechtliche Verfahren nach sich ziehen. Verleger Köser - er war für eine Stellungnahme bis Redaktionsschluss nicht zu erreichen - droht auch von dieser Seite Ungemach. Insgesamt dürfte die Struktur des „unkontrollierten Wachstums" früherer Jahre bald deutlich überschaubarer werden.

HORST RÖPER
Frankfurter Rundschau 05.01.07

Spendenkonto:
Rote Hilfe Berlin
Kontonummer: 7189590600
Bankleitzahl: 10020000
Stichwort: 12.12.2006

Post:
Matti freut sich über Post.
Wenn Ihr ihm schreiben wollt,
bitte an diese Adresse.
Wir leiten die Post zu
ihm weiter:
Stefan Jakob
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Kontakt:
lichtenbergsoli@india.com

Web:
www.freiheitfuermatti.com

Matti wird vorgeworfen, an einer Auseinandersetzung mit zwei Neonazis in Lichtenberg beteiligt gewesen zu sein. Die Neonazis trugen dabei keine schweren Verletzungen davon. Gegen Matti wird nun wegen versuchtem Totschlag ermittelt und er sitzt bereits seit dem 12.Dezember in Untersuchungshaft. Polizei und Justiz setzen alles an eine harte Verurteilung. Bei einer Verurteilung drohen ihm mehrere Jahre Haft.
Das Berliner Boulevard-Blatt Berliner Kurier titelte am 1.Dezember 2006 „Lichtenberg: Nazis ins Krankenhaus geprügelt“ Nicht ohne dezente Häme schreibe die Zeitung; „Auszuteilen sind sie ja gewohnt. Aber diese Angst am eigenen Leib zu spüren? Mal selbst Opfer sein? Sebastian Z. (19) und Freundin Stefanie P. (18) haben sich bestimmt elend gefühlt, als plötzlich die Schläger angriffen und sie verprügelten. Pikant: Der Überfall geschah auch noch in „ihrem“ Kiez an der Weitlingstraße. Eine Gegend mit vielen Treffs für Rechte. Drei Vermummte griffen um 18.20 Uhr das szene-bekannte Nazi-Paar am U-Bahnhof Lichtenberg an.“
In der Berliner Zeitung vom selben Tag war zu den Fall folgendes zu lesen: „Die unbekannten Täter hätten „ohne viele Worte zu machen“ zugeschlagen und bei dem Angriff ihren Opfern nichts geraubt. „Daher schließen wir nicht aus, dass die Täter aus dem linken Spektrum kommen“, sagte der Polizeisprecher. Stefanie P. erlitt bei dem Überfall eine Platzwunde am Kopf. Sie Konnte nach ambulanter Behandlung das Krankenhaus wieder verlassen. Sebastian Z. blieb zur stationären Behandlung in der Klinik. Er Erlitt ebenfalls eine Platzwunde am Kopf - bei ihm besteht zudem der Verdacht der Gehirnerschütterung. Außerdem hatte er sich bei dem Angriff einen Finger gebrochen...“

Was ist passiert...
Am 29. November letzten Jahres wurden die zwei stadtbekannten Neonazis und Anti-Antifa-Aktivisten Stefanie P. und Sebastian Z. laut Eigenaussage von drei dunkel gekleideten und maskierten Personen im Bahnhof Lichtenberg angegriffen und leicht verletzt. Der Staatsschutz nahm sofort die Ermittlungen auf und befragte die zwei Rechtsextremisten noch im Krankenhaus, da er den Vorfall als politisch motiviert wertete und die beiden Neonazis auch beim LKA keine Unbekannten sind.

No-Go-Area Lichtenberg
Der Lichtenberger Weitlingkiez gilt beim Staatsschutz aus gutem Grund als Problemfall. Immer wieder kommt es dort zu gewalttätigen Übergriffen von Neonazis auf Migranten und politische Gegner. So wurde Mitte Dezember eine vietnamesische Frau in der Weitlingstraße aus rassistischen Gründen angegriffen und zusammengeschlagen. Anwohner, die eingriffen, wurden vom Täter bedroht. Wenige Tage zuvor wurde ein Döner-Imbiss in der Weitlingstrasse von Neonazis angegriffen. Die Neonazis waren in den Monaten zuvor schon mehrfach in den Imbiss eingedrungen und hatten dabei Teile der Einrichtung zerstört und die Angestellten bedroht. Auch vietnamesische Blumenhändler im Kiez werden regelmäßig von Rechtsextremisten beleidigt und bedroht. Mitte Oktober lauerten vermummte und mit Schlagwerkzeugen bewaffnete Neonazis einem alternativen Jugendlichen in der Nähe seiner Schule am Nöldnerplatz auf. Sie misshandelten ihr Opfer, das mit schweren Verletzungen mehrere Tage im Krankenhaus liegen musste. Obwohl Zeugen das Nummernschild des Fluchtautos der Neonazis notierten und der Polizei mitteilten, verliefen die Ermittlungen im Sande. Durch die Polizei wird der Überfall gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen. Die Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften begreifen den Stadtteil als ihren Kiez. Seitdem nun verschiedene antifaschistische und zivilgesellschaftliche Initiativen im letzten Jahr eine gemeinsame Kampagne gegen die rechtsextreme Hegemonie im Kiez starteten und zahlreiche Informationsveranstaltungen und ein antirassistisches

Zur Festnahme des Antifaschisten Matti aus Berlin, der seit dem 12.12.06 aufgrund von Aussagen von Nazis im Knast sitzt.

Straßenfest veranstalteten, befürchtet das LKA eine gewaltsame Eskalation zwischen Antifas und Neonazis.
Es wird von einer drohenden Gewaltspirale fabuliert, für die es keine realen Belege gibt Da wird behauptet, dass die erfolgreiche Intervention der Antifa in die No-Go-Area Lichtenberg zum gefährlichen Pflaster machen würde. Ganz so, als ob die Gewaltexzesse der Neonazis gegen MigrantInnen, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle und Linke dort erst mit dem eingreifen der Antifa begonnen hätten. Als ob diejenigen, die den braunen Terror verhindern wollen, für ihn verantwortlich seien.
Diese eigentümliche These vom drohenden Krieg der Extremisten ist nichts als politische Propaganda des polizeilichen Staatschutzes beim LKA. In der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, dass diese Teile des LKA seit Jahren eine private Feindschaft gegen einzelne Antifa-Aktivisten pflegen.
So erfreut sich nicht nur die No-Go-Area Weitlingkiez einer besonderen Zuwendung durch verschiedene Polizeieinheiten,sondern auch die AntifaschistInnen, die sich dort den Neonazis entgegen stellen. Straftaten, die ins LKA-Schema Antifa vs. Neonazis in Lichtenberg passen, werden behördenintern mit besonderer Priorität behandelt.(Ganz im Gegensatz zu der alltäglichen rassistischen Gewalt im Kiez). So geschah es auch in diesem Fall. Kaum waren die Neonazis aus dem Krankenhaus mit ein paar Pflastern und Kopfschmerztabletten entlassen worden, da tippte das LKA schon die erste Presseerklärung.

Anti-Antifa-Aktivisten und Anti-Antifa-Beamte

Kurz danach meldeten sich die Neonazis beim LKA und meinten, dass Matti einer der Angreifer vom 30. November gewesen sei. Sie würden ihn von diversen Demonstrationen und Kundgebungen her kennen. Das Verhältnis sei so intim, dass sie ihren politischen Gegner auch vermummt wieder erkennen würden. Darüber hinaus behaupteten die Neonazis auf ihrer Internetseite, dass die Angreifer den Satz „Nazischweine, wir bringen euch um“ gerufen hätten. D i e Ermittler vom Staatsschutz liefen prompt zu Hochform auf und beantragten einen Hausdurchsuchungsbeschluss wegen versuchten Totschlags gegen Mattis Wohngemeinschaft. Sie durch-suchten schließlich am 12. Dezember die WG und beschlagnahmten diverse dunklen Kleidungsstücken und Sport-schuhe. Hätte sich das ganze ohne politischen Hintergrund auf dem Pausen-hof der Rütlischule oder dem Parkplatz irgendeiner Bowlingbahn in Marzahn abgespielt, wäre sicherlich kein LKA-Beamter auf die Idee gekommen, einen versuchten Totschlag zu unterstellen. Auch wenn also alle Beteiligten (LKA, Justiz, Neonazis) wissen, dass niemand versucht hat die zwei Neonazis in Lichtenberg zu erschlagen, zeigten sich Ermittlungsrichter und Staatsanwalt als willige Komplizen des Staatsschutzes und stimmten dem Hirngespinst brav zu. Die eigentliche Kontrollfunktion, die die Justiz gegenüber der Polizei haben sollte, wird im augenzwinkernden Einverständnis darüber, dass es angesichts der angespannten Situation in Lichtenberg mit einem Antifa-Aktivisten garantiert keinen Falschen trifft, außer Kraft gesetzt.

Antifa = Totschläger?

Neben den immensen strafrechtlichen Konsequenzen wirkt der Tatvorwurf auf der politischen Seite als eine denunziatorische moralische Zuschreibung an den Charakter des Beschuldigten und der Bewegung zu der er gehört. Totschläger schlagen andere Menschen tot, sind also fies und brutal - solche Leute sind aus guten Gründen unbeliebt. Mit diesem Tatvorwurf soll nicht nur jede Form von Solidarisierung erschwert werden, sondern auch der moralische Vorschuss, den die antifaschistische Bewegung aufgrund der Legitimität ihres Anliegens genießt, zerstört werden. Im Sinne der grundfalschen Gleichung Linksextremisten gleich Rechtsextremisten wird die Antifa vom Staatsschutz als extremistische Bande potentieller Totschläger dargestellt. Es ist Unsinn hier anzuführen, warum das Totschlagen von anderen Menschen, und seien sie noch so widerwärtig, an sich indiskutabel ist und mit gutem Grund - schon aus dem eigenen Selbstverständnis heraus - nicht zur Praxis der Antifa gehört. Dass weiß natürlich auch das LKA ,daher sind Sinn und Zweck der ganzen Staatsschutzaktion auch allzu offensichtlich.
Schon im Letzten Jahr versuchte sich in Potsdam eine Ermittlungsbehörde als staatliche Anti-Antifa und klagte vier junge AntifaschistInnen nach einer Auseinandersetzung mit Neonazis wegen versuchten Mordes an. In diesem Verfahren wurde der absurde Mord-Vorwurf genutzt, um eine Antifaschistin über Monate in Untersuchungshaft zu sperren. Das Landgericht Potsdam verurteilte die Angeklagte Julia S. nach mehr als fünf Monaten Untersuchungshaft schließlich zu einer Bewährungsstrafe wegen einfacher Körperverletzung. Die eigentliche Bestrafung wurde also noch vor Prozessbeginn mittels der dünn begründeten Untersuchungshaft vollstreckt. Der Staatsschutz agiert in seiner Funktion als politische Polizei nach dem Motto: Bestrafe einen und erziehe Hundert. So ist auch das Verfahren gegen Matti als ein Warnschuss in Richtung Antifa Bewegung gedacht.
In Berlin versucht man offensichtlich an Matti ein Exempel für die Zukunft statuieren. So führte der Haftrichter bei der Verhängung der Untersuchungshaft ganz offen generalpräventiven Gründe auf. Ferner sei solchen Straftaten generell mit unbedingten Freiheitsstrafen zu begegnen. Die Situation ist deprimierend; vor allem für Matti. Er sitzt in U-Haft, weil zwei Neonazis darauf hoffen, so einen politischen Gegner unschädlich zu machen. Und er sitzt in U-Haft weil der Staatsschutz versucht, die Antifa als Ganzes zu kriminalisieren. Dass dafür ein Unschuldiger, womöglich für Jahre hinter Mauern und Gittern eines Gefängnisses verschwindet, stört natürlich weder die Neonazis noch das LKA.

Black ----- ----- Power

Andrea Naica-Loebell 15.01.07 **telepolis**

Vor zwei Jahren verbrannte der Schwarzafrikaner Oury Jalloh in einer Arrestzelle auf einem Polizeiquartier in Dessau. Sein Todestag war der Anlass für verschiedenste Initiativen, sich bei der Afrikanischen Community-Konferenz zu treffen, um unter anderem gemeinsam gegen rassistische Polizeigewalt zu protestieren. Oury Jalloh war ja nicht das einzige Opfer und die Familien verschiedener Afrikaner, die durch Polizisten in Deutschland zu Tode kamen, wollen sich nun verstärkt zusammenschließen und gemeinsam für Gerechtigkeit kämpfen.

Zu der Konferenz (1), die von der Afrikanischen Flüchtlingsinitiative Dessau, The Voice Refugee Forum (2), der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB (3)) und der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD (4)) veranstaltet wurde, kamen 120 Vertreter verschiedenster Organisationen, um sich zu vernetzen und Strategien für ihre künftige Zusammenarbeit zu entwickeln. Gemeinsam erinnerten sie bei anschließenden Mahnwachen und Demonstrationen in Dessau und Berlin an den schrecklichen Tod des aus Westafrika stammenden Oury Jalloh und forderten laut „Aufklärung, Gerechtigkeit, Entschädigung“ (5).

Viel ist im WM-Jahr 2006 über die sogenannten No-go-Areas diskutiert worden, über Orte oder ganze Landschaften, die für afrikanische Fußballgäste gefährlich sein könnten (6). Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit, wie das Phänomen in Deutschland gerne genannt wird, ist in der Bevölkerung erschreckend weit verbreitet (7) (Deutsche Zustände 2006 (8)) – jeder Schwarze kennt hier zu Lande verschiedene Formen der alltäglichen Diskriminierung.

Und immer wieder ist die Bundesrepublik für Menschen, die nicht in die Weltanschauung von Rechtsextremen passen, lebensgefährlich. Das zeigte zuletzt der Brandanschlag (9) auf eine Asylbewerberunterkunft in Sangerhausen in Sachsen-Anhalt. Seit der Wiedervereinigung gibt in Deutschland 135 Opfer rechtsextremer Gewalt zu beklagen (Todesopfer rechtsextremer Gewalt (10)).

Polizeikontrollen und Tod im Gewahrsam

Wer in den Augen der Polizei nicht deutsch aussieht, sieht sich ständigen Kontrollen ausgesetzt, eine kontinuierliche Ausgrenzung und Kriminalisierung. Besonders Schwarze kennen die Aufforderung, ihre Papiere vorzuzeigen, oft werden sie dann auch noch durchsucht oder zwecks weiterer Überprüfungen mit auf die Wache genommen (Kriminalisierung und rassistische Kontrollen (11)).

Flüchtlinge sind zudem durch die sogenannte Residenzpflicht (12) in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt: verlassen sie den ihnen zugewiesenen Landkreis, werden sie bestraft – ein Delikt, das Deutsche überhaupt nicht begehen können (Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht – den Apartheidgesetzen in Deutschland (13)). Immer wieder erleben Schwarzafrikaner Schikanen durch die Polizei, die meist ungeahndet bleiben (Von der Polizei misshandelt – jetzt ist Sunny selber angeklagt (14)).

Aber damit noch nicht genug, in den letzten Jahren starben immer wieder Afrikaner bei Einsätzen oder im Polizeigewahrsam. Der Fall von Oury Jalloh machte – nicht zuletzt durch die anhaltenden Proteste der schwarzen Gemeinde – viele Schlagzeilen. Der 21jährige Afrikaner war betrunken, soll nachts auf der Straße Frauen belästigt haben. Ein Streifenwagen nimmt ihn mit, lädt ihn in der Wache ab, weil er angeblich Widerstand leistete. An Händen und Füßen gefesselt wird er in eine Arrestzelle gesteckt.

Dort verbrennt er, denn die schwer entflammbare Matratze auf der er liegt, gerät in Brand. Er soll sie selbst angesteckt haben – mit einem Feuerzeug, das bei seiner Durchsuchung übersehen wurde. Die Beamten auf der Wache reagieren auf den Alarm der Rauchmelder nicht, die Wechselsprechanlage mit der Zelle wird auf leise gestellt, weil die Todesschreie des Verbrennenden beim Telefonieren stören (In der Polizeizelle verbrannt: Die Geschichte eines fatalen Einsatzes (15)).

Oury Jalloh stirbt langsam und grauenhaft, aber bis heute blieb sein Tod für die verantwortlichen Beamten ohne Folgen. Bei der Familie hat sich niemand entschuldigt, eine Entschädigung wird verweigert. Aber seine Freunde geben keine Ruhe, sie mobilisierten viele Unterstützer und sorgten dafür, dass der Fall nicht in Vergessenheit geriet (In Gedenken an Oury Jalloh (16) und Break the silence (17)).

Jetzt wird endlich der Dienstgruppenleiter der Wache wegen Körperverletzung mit Todesfolge vor Gericht gestellt (Protest bringt Prozess ins Rollen (18) und Wir erwarten Aufklärung im Fall Oury Jalloh (19)). Cornelius Yufanyi von der Initiative Oury Jalloh in Deutschland ist überzeugt, dass ohne den Druck der Unterstützer und der Öffentlichkeit einmal mehr alles im Sand verlaufen wäre:

Es ist wichtig, dass wir uns vernetzen, dass wir uns zusammen schließen, um gemeinsam zu kämpfen. Nur so können wir eine Veränderung erreichen. Der Fall von Oury Jalloh zeigt, dass etwas erreicht werden kann. Immer wieder wird von offizieller Seite von einem Einzelfall gesprochen, aber es sind viele ähnliche Fälle. Deswegen schließen sich die Familien der afrikanischen Opfer von Polizeibrutalität jetzt zusammen, sie haben sich auf der Konferenz getroffen und ausgetauscht. Sie wollen sich bei den

Die afrikanische Gemeinschaft in Deutschland formiert sich gegen Polizeigewalt

Prozessen gegenseitig unterstützen und die afrikanische Community unterstützt sie auch. Wir müssen die Geschichten öffentlich machen, den Opfern ein Gesicht geben, das Leid thematisieren.

Info-Reader Break the silence (20)

Cornelius Yufanyi sieht sich selbst gerade einer Anklage wegen „versuchter Körperverletzung“ gegenüber, weil er Widerstand gegen Polizeibeamte geleistet haben soll (21)

Oury Jalloh ist nicht das einzige Opfer der deutschen Polizei. In Dessau trafen sich am letzten Wochenende die Angehörigen von Dominique Kouamadio, der vor einem knappen Jahr in Dortmund von Polizeibeamten erschossen wurde (22)), von Laye-Alama Condé, der im Januar 2005 in Bremen nach einer Zwangsbehandlung mit Brechmitteln (23) starb (24) und von John Achidi, der 2001 in Hamburg die gleiche Behandlung nicht überlebte (25).

Die afrikanische Gemeinschaft will auch noch weitere Fälle mit einbeziehen wie den von N’deye Mareame Sarr (26), die 2001 in Aschaffenburg von Polizeibeamten erschossen wurde, als sie ihren von ihrem Mann entführten Sohn zurückholen wollte, Amir Ageeb (27) aus München, der 1999 seine Abschiebung nicht überlebte und auch Kola Bankole (28) aus Frankfurt, der 1994 bei einem Abschiebeversuch starb.

Keiner der an diesen Todesfällen beteiligten Polizisten wurde bisher verurteilt. Im Fall der tödlichen Abschiebung von Amir Ageeb, der an Bord des Flugzeugs erstickte, wurde das Verfahren wegen Körperverletzung im Amt gegen die Beamten des Bundesgrenzschutzes, die ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm aufgesetzt und seinen Kopf nach unten gedrückt hatten, im Jahr 2005 endgültig eingestellt (29).

Die Forderungen der Afrikanischen Community-Konferenz in Dessau sind klar und deutlich:

Wir fordern die sofortige Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen die Polizisten, die am Mord an Oury Jalloh beteiligt waren, und ihre rasche Verurteilung und Entlassung vom Polizeidienst

Wir fordern den Rücktritt des Polizeipräsidenten von Dessau

Wir fordern Entschädigungszahlung an die Familie von Oury Jalloh

Wir fordern das Ende aller rassistischen Polizeikontrollen, das Ende der Polizeibrutalität und der Ermordung von Schwarzen

Wir fordern Gerechtigkeit für alle Opfer institutionalisierten Rassismus, aller Schwarzen Opfer der Polizei- und Staatsgewalt und Entschädigung für ihre Familien

Für die Mitglieder der afrikanischen Gruppen in Deutschland liegt der Fehler im rassistischen System und klar klagen sie den Staat an, kaum und völlig ungenügend gegen die Täter vorzugehen, wenn Afrikaner getötet werden. Sie sehen sich gemeinsam als Opfer und wollen künftig geeinigt auftreten um aus der Vereinzelung und der damit verbundenen Angst herauszutreten. Gemeinsam sind sie stark, die Afrikaner und die schwarzen Deutschen. Und sie sind sich einig, dass sie selbst die treibende Kraft der Veränderung sein müssen. Cornelius Yufanyi bringt es auf den Punkt:

Wir verlangen Gerechtigkeit. Es geht nicht mehr darum, darauf zu warten, bis wieder etwas passiert ist, bis wieder ein Toter zu beklagen ist, sondern wir müssen jetzt sofort reagieren. Bis jetzt haben wir keinen Schutz durch den Staat erfahren, wir müssen uns selbst verteidigen, das ist Notwehr, die einfach nötig ist. Wir müssen stark sein und unsere Selbstverteidigung selbst in die Hand nehmen.

Wir glauben nicht mehr, dass der Staat das für uns tun wird, das müssen wir selbst tun.

Links

(1) http://thevoiceforum.org/Programm/update_Community_Konferenz2007

(2) http://www.thevoiceforum.org

(3) http://www.fi-b.net/

(4) http://www.isdonline.de/

(5) http://www.attac.de/halle/oury/images/ourydemo_jan2007/index.html

(6) http://sz-magazin.sueddeutsche.de/

(7) http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom_Rand_zur_Mitte.pdf

(8) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24231/1.html

(9) http://www.mdr.de/nachrichten/meldungen/sachsen-anhalt/3980855.html

(10) http://www.bpb.de/themen/WKSLL0,0,Todesopfer_rechtsextremer_Gewalt.html

(11) http://www.deutschland-lagerland.de/index.php?id=7,152,0,0,1,0

(12) http://de.wikipedia.org/wiki/Residenzpflicht

(13) http://www.thevoiceforum.org/

(14)http://carava.net/

(15)http://www.wdr.de/tv/monitor/beitrag.phtml?bid=670&sid=126

(16) http://www.attac.de/halle/oury/Oury/Willkommen.html

(17) http://oury-jalloh.so36.net/

(18) http://www.taz.de/pt/2007/01/05/a0234.1/text

(19) http://www.jungewelt.de/2007/01-06/022.php

(20)http://thecaravan.org/files/caravan/zeitung_oury_jalloh-0107.pdf

(21) http://thevoiceforum.org/cornelius-goettingen/16.01

(22) http://thecaravan.org/node/980

(23) http://www.antirassismus-buero.de/polizeipraxis/brechmittel/index.html

(24) http://thecaravan.org/node/452

(25)http://thevoiceforum.org/Bruder_Achidi_John

(26) http://www.nitakaa-maisha.de/Maisha.html

(27)http://www.aamirageeb.de/ageeb/index.php?~{3ff57a8a28ccb}

(28) http://no-racism.net/article/1072

(29) http://www.proasyl.info/presse05/jul28.htm

MIGRATION ALS SOZIALE BEWEGUNG.

VIER THESEN

Arbeitspapier (1998)

1. MIGRATION ALS SOZIALE BEWEGUNG

„Kommunismus nennen wir die reale soziale Bewegung, welche die gegenwärtigen Zustände aufhebt". Marx gegen die Utopisten und gegen die Vordenker einer neuen Ordnung: Aufhebung der Klassengesellschaft durch reale soziale Bewegung.

Was ist eine soziale Bewegung? Die Zeiten sind längst vorüber, daß eine Partei darüber entschied, was als soziale Bewegung zu gelten habe. Wer sich als Intellektueller, oder in der Situation eines privilegierten weißen Manns, aber auch als weiße Frau, der Aufhebung der transnationalen Ausbeutung mit ihrer mörderischen Ungerechtigkeit zuordnen will, sollte sich diese Frage stellen.

Die erste These, die ich hier vortragen möchte, lautet: Migration ist reale soziale Bewegung. Das mag auf den ersten Blick nicht besonders ergiebig klingen. Aber so ewig ist es gar nicht her, daß Parteimarxisten, im Verein mit Bevölkerungstheoretikern, Kriegsherren und Modernisierern, die MigrantInnen als entwurzelte Massen, Heuschreckenschwärme, Lumpenproletarier, Überschußbevölkerung bezeichnet haben, während die Ehre, eine soziale Bewegung zu sein, nur dem ansässigen und arbeitsamen Anteil der Bevölkerung zuerkannt wurde. Und es ist bei unseren Freunden in Kirche und Gewerkschaft durchaus verbreitet, sich MigrantInnen, Flüchtlinge nur als Opfer von Gewalt und Vertreibung vorzustellen. Das ist natürlich nicht falsch, aber es ist doch nur die Hälfte der Wahrheit.

Migration ist soziale Bewegung: sie ist nicht nur Flucht vor Zerstörung, Folter und Massakern, sondern zugleich Aufbruch, Abstimmung mit den Füßen, Suche nach einem besseren Leben. Ich gehe sogar noch weiter: weil die MigrantInnen, die aus der Peripherie in die industriellen Zentren kommen, das Prinzip der gegenwärtigen Weltordnung, das Prinzip des freien Kapitalverkehrs bei begrenzter Freizügigkeit der Menschen, durchkreuzen, bilden sie eine soziale Bewegung, welche die realen Zustände real aufhebt.

Sind das Wortspielereien? Ich denke, nicht, denn es geht mir um die Konsequenz daraus. Natürlich ist es wichtig, Fluchtursachen zu erkennen, besonders dann, wenn wie in Kurdistan deutsche Waffen und deutsche Entwicklungsblaupausen zu den Fluchtursachen gehören. Aber mancher, der von Bekämpfung der Fluchtursachen redet, meint eigentlich etwas anderes: die Kurden sollen ihre Dinge vor Ort regeln, statt hier Autobahnen zu blockieren, die Ghanaer sollen zu Hause Gewerkschaften gründen oder Subsistenzbau betreiben, statt hier mit Drogen zu handeln, die Sinti und Roma und die Albaner sollen sich in Mazedonien oder sonstwo integrieren, statt hier Autos zu knacken und Messer zu stechen. Hinter dem Gerede von Fluchtursachen verbirgt sich nicht selten ein offener oder auch ein geheimer Ordnungswille, ein Willen zum Erhalt der gegenwärtigen sozialen Ordnung, wie andererseits hinter unserer Rede vom elementaren Recht auf Freizügigkeit durchaus die Hoffnung steht, daß die hiesigen versteinerten Verhältnisse durch einen Zustrom von MigrantInnen aufgeweicht werden und daß sich alles Deutsche in einer neuen, nicht mehr national, sondern von unten her bestimmten Gesellschaftlichkeit auflösen möge. Wenn wir einen ganz kursorischen Blick zurück in die Geschichte werfen, findet sich eine Fülle von Hinweisen, daß Mobilität und Migration ein elementares Datum der meisten sozialen Bewegungen gewesen ist. Wir haben früher gelernt, daß der Kapitalismus die Men-schen vom Land vertrieben und in die Städte geschwemmt habe, durch die Einhegungen und die Kapitalisierung der Landwirtschaft. Erst die jüngere Geschichtsforschung hat gezeigt, daß die Mobilität der Bevölkerung der kapitalistischen Entwicklung lange vorausging. Untersuchungen aus verschiedenen europäischen Landgemeinden des 17. Jahrhunderts haben eine Mobilität erkennen lassen, die auf gleicher Höhe lag wie zur Blütezeit der Industrialisierung (Charles Tilly, 1978, 63). Diese Mobilität war ohne Zweifel entscheidend dafür, daß die alten Instanzen patriarchaler Kontrolle außer Funktion gesetzt wurden und daß die Volksmassen den Geschichtsprozeß so nachhaltig beeinflussen konnten. Oft hat sich gezeigt, daß politische Radikalisierung und Migration zwei Seiten desselben Aufbruchs sind, zwei Bewegungsformen, die sich aus demselben Impuls herleiten: aus der Überwindung der alten Fesseln. Nach dem Scheitern von 1848 setzte die Massenemigration aus Europa, hauptsächlich nach Amerika, ein, oder, ein anderes Beispiel, in Italien radikalisierte sich zu Beginn dieses Jahrhunderts die Bevölkerung bestimmter Dörfer, während sie sich in anderen Dörfern nicht radikalisierte. Stattdessen wanderten dort die Jüngeren in die USA aus (Mc Donald, 1963). Es liegt an verschiedenen Faktoren, ob sich die Menschen zum Kampf vor Ort oder zur Migration entschließen - in jenen italienischen Dörfern hatte es damit zu tun, ob es Land zu kaufen gab oder nicht. Aus verschiedenen Interessen heraus mag der eine mehr der Radikalisierung vor Ort, der andere mehr der Migration das Wort reden. Die Entscheidung, welches der bessere Weg ist, müssen doch aber die Menschen selbst entscheiden dürfen.

2. TRANSNATIONALE MIGRATIONSBEWEGUNGEN

Bis zum 1. Weltkrieg blieb das 19. Jahrhundert das Jahrhundert der „proletarischen Massenmigration“ (Ferenczi, 1969); dagegen ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Flüchtlinge. Dies nicht, weil sich die MigrantInnen, ihre Fluchtgründe oder ihre Aspirationen geändert hätten, sondern weil ihre Arbeitskraft in den Ankunftsländern nicht mehr nachgefragt wurde. Parallel zur jeweils nationalen und staatlichen Organisation der Arbeitsmärkte entstand das sogenannte Flüchtlingsproblem der 30er Jahre, das viele Parallelen zur Situation im heutigen Europa aufweist (Jungfer, 1993), nur daß die BRD derzeit nicht zu den Herkunfts-, sondern zu den Zielländern gehört. Im Medium der Weltkriege wurde in Europa die nationale Neuordnung der Bevölkerungen durchgesetzt, und die klassischen Routen der Ost-West-Migration wurden durch den Eisernen Vorgang abgeschnitten.

Im nachnazistischen Europa wurde so die im Krieg geschaffenee Bevölkerungsstruktur bis in die heutige Zeit aufrechterhalten - die großen Migrationsbewegungen der Nachkriegszeit fanden in anderen Regionen der Welt statt: in den drei Kontinenten, wo die Menschen auf vielerlei Weise ausgehungert und vom Land vertrieben wurden. Aber auch diese Migration vom Land in die großen Städte, deren Ausmaß schon in den 70er Jahren auf 500 Millionen geschätzt wurde, war nicht nur Flucht, sondern sie trug zugleich massenhafte Aspirationen in sich: die Forderung nach Nahrung, Wasser, Strom und Schulbildung für die Kinder, das, was die Entwicklungssoziologen der 60er Jahre „Revolution der Erwartungen“ nannte.

Allen beteiligten Agenturen, den politischen und den Wirtschaftsgremien wurde rasch klar, daß diese Welle der Aspirationen sich niemals würde einfangen und in Schritte einer geordneten ökonomischen und politischen Entwicklung würde umsetzen lassen. Dazu waren die Menschen zu viele und ihre Erwartungen waren zu groß. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Natürlich gibt es keine Überbevölkerung im Sinne zu vieler Menschen. Überbevölkerung sind im Kapitalismus die Esser, die nicht arbeiten (MEW 23, 23. Kapitel). Ihre Zahl ist höher als die Zahl, die ein kapitalistisches Entwicklungsmodell einbinden kann. Sie sind die lebendige Antithese zum Kapitalismus.

Es ist nicht übertrieben, zu behaupten, daß wesentliche Charakteristika der imperialistischen Weltpolitik, die Krisenpolitik der 70er Jahre, den Low Intensity Warfare der 80er Jahre und die Neue Weltordnung der 90er Jahre in ihrem Kern der Abwehr dieser massenhaften Aspirationen dienten, einer Abwehr dieser im Aufbruch befindlichen Menschen, einer Strategie der Kapitalakkumulation ohne soziale Entwicklung. Die Schuldenkrise setzte einen globalen Cash Nexus durch, welcher in der Peripherie zur Verwertung oder Inwertsetzung und damit Enteignung traditioneller Überlebensressourcen führte, eine globale Politik der Einhegungen und der Vertreibung. Die inszenierten Katastrophen, die langen Märsche in die Flüchtlingslager, die meist abgeschieden in den ärmsten Ländern lagen und die den UNHCR überfordern mußten, die Angriffe durch marodierende Banden und durch Truppen regionaler Warlords wurden zu Stationen der Triage, in denen die Kinder und die Alten starben, die Frauen hungerten (drei Viertel der Flüchtlinge weltweit sind Frauen!), während sich die Männer auf fernen Arbeitsmärkten oder im Geschäft des Kriegs und der Plünderung auf die Suche nach Einkommen machten.

Ich komme zu meiner zweiten These: Ob jemand Flüchtling ist oder einfach MigrantIn, hängt weniger mit den Gründen der Emigration zusammen als mit den Modalitäten der Aufnahme und der Statuszuschreibung im Ankunftsland - wenn denn die MigrantInnen überhaupt ins Land ihrer Wünsche gelangen. Kommt eine Integration gelegen oder wird Flüchtlingsarbeit bei Lagerhaltung gewünscht? Oder ist der Arbeitsmarkt gesättigt und es geht nur darum, die Flüchtlinge außer Landes zu halten? In diesem Sinne wurden die 80er und 90er Jahre jeweils zum „Jahrzehnt der Flüchtlinge“, und dieses Jahrhundert wird als das Jahrhundert der Flüchtlinge erinnert werden: das Jahrhundert der „Politics of Displacement“ (Newland, 1981 und 1986), der Mobilisierung von Menschen, die niemand aufnehmen wollte und die von allen, die an den Hebeln der Macht saßen, für gänzlich überflüssig gehalten wurden.

Weniger als 5% dieser Flüchtlinge weltweit erreichen Europa: zunehmend unerwüschte Flüchtlinge, die am besten in Lagern am Ort ihres Elends gehalten werden sollten, eingekreist durch Kriegszonen, Minenfelder, Killing Fields, eingepfercht in den Safe Havens, die sich so leicht in Todeslager verwandelten. Die Beispiele - Kurdistan, Bosnien, Zentralostafrika - sind uns allen noch frisch in Erinnerung.

„Von allen Faktoren, die 90% der Flüchtlinge weit von den Grnezen der kapitalistischen Metropolen entfernt halten, gehören Grenzregime und Ausländerrecht zu den vergleichsweise drittrangigen“ (AK 338, 13.1.92, S.5) - dies sollten stets mitbedenken, wenn wir uns im Weiteren der Situation hier vor Ort zuwenden.

Migration ist soziale Bewegung: sie ist nicht nur Flucht vor Zerstörung, Folter und Massakern, sondern zugleich Aufbruch, Abstimmung mit den Füßen, Suche nach einem besseren Leben.

Ob jemand Flüchtling ist oder einfach MigrantIn, hängt weniger mit den Gründen der Emigration zusammen als mit den Modalitäten der Aufnahme und der Statuszuschreibung im Ankunftsland.

3. Deutschland: Rassismus & Migration

Entscheidend für die Entstehung und die Ziele von Migrationssbewegungen sind nicht Pull- und Pushfaktoren, wie sie in der klassischen Literatur zur Migration beschrieben und berechnet werden, sondern entscheidend sind Zuzugsbegrenzungen und Abschiebungen, von denen in der Literatur viel weniger die Rede ist. Ob jemand MigrantIn ist oder Flüchtling, darüber entscheiden nicht die Gründe für die Emigration, sondern die Aufnahme im Zielland: Zugangskontrollen und Statuszuschreibungen. Michael Marrus (1985), der über die Flüchtlinge im Europa dieses Jahrhunderts das meines Wissens stärkste Buch geschrieben hat unter dem Titel „The Unwanted", hat den Satz geschrieben: „Refugees, one might argue, always arrive at the wrong time". Flüchtlinge kommen immer zur falschen Zeit, denn kämen sie zur rechten Zeit, wären sie keine Flüchtlinge, sondern Arbeitsimmigranten und Immigrantinnen.
Meine dritte These, mit der ich auf Deutschland und die Festung Europa zu sprechen kommen möchte, übernehme ich von dem US-amerikanischen Migrationsforscher Zolberg. Sie lautet:
Rassismus sollte im Rahmen der Migrationspolitik diskutiert werden als eine zweckvolle Organisation von Vorurteilen hin zu einer Ideologie, auf deren Basis spezifische politische Ziele durchgesetzt werden können (Zolberg 1978).
Der deutsche Rassismus ist Antisemitismus. Der Antisemitismus ist natürlich nicht auf die Abwehr von Flüchtlingsbewegungen zu reduzieren - das ist banal, aber ich sage es, weil schon einmal unterstellt worden ist, ich wolle genau dies tun und damit das Spezifische des deutschen Antisemitismus zum Verschwinden bringen. Das will ich nicht - die Einmaligkeit des Holocaust und die Schuld der Deutschen am Holocaust bleibt davon unberührt. Aber wir müssen uns davor hüten, aus dieser Einmaligkeit ein Tabu zu machen, welches das heutige Deutschland vor unbequemen Wahrheiten schützt. Es ist, glaube ich, viel zu wenig bekannt, daß sich der deutsche Antisemitismus, eben jener eliminatorische Antisemitismus, den Goldhagen beschreibt und der nach Auschwitz führte, radikalisiert hat an der Abwehr jüdischer Flüchtlinge.
Das Zusammenspiel von antisemitischer Agitation gegen ostjüdische MigrantInnen und staatlicher Diskriminierungspolitik war ein entscheidendes Merkmal des modernen Antisemitismus in Deutschland (Aschheim 1982, Wertheimer 1987). Die Flüchtlinge damals waren vom äußeren her fremd, sie sprachen jiddisch, sie trugen Kaftan und Schläfenlocken, waren erschöpft und schäbig gekleidet. Sie bevölkerten die Straßen und Plätze der Hauptstädte, die Bahnhöfe und Hafenstädte; sie prägten das Straßenbild mit ihrer fremden Erscheinung ähnlich wie die Roma auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz.
Diese ostjüdische Massenarmut, die nach 1881 zu hunderttausenden vor Hunger und Pogromen aus Zentralosteuropa floh, - durch das Reichsgebiet reisten in den Jahren um die Jahrhundertwende 100 000 Personen pro Jahr - bildete jenes „unerwünschte Element", so Bismarck, gegen das sich die Deportationspolitik des wilhelminischen Staats und die antisemitische Hetze gleichermaßen richtete. Die Ostjuden wurden beschuldigt, Teil eines Destabilisierungsmanövers des Zaren zu sein, in Hamburg wurden sie für den Ausbruch der Cholera verantwortlich gemacht. In jedem Jahrzehnt der Kaiserzeit veranstaltete Preußen Massendeportationen, in denen ausländische Juden eingefangen und abgeschoben wurden; bis zur Jahrhundertwende waren es mindestens 14 000. Durch diese Deportationen wurden die Juden aus Osteuropa als Manövriermasse staatlicher Maßnahmen stigmatisiert und dadurch um so mehr den Antisemiten als Aggressionsobjekt freigegeben. Die rassistischen Stereotype, mit denen die Flüchtlinge damals belegt wurden, gleichen denen bis ins Detail, mit denen auch heute gelegentlich unerwünschte ImmigrantInnen belegt werden.
Die Niederlage im 1. Weltkrieg mündete in eine weitere Welle des Antisemitismus. Es befanden sich zu dieser Zeit etwa 150 000 Ostjuden im Reich - eine lächerlich geringe Anzahl, aber hinter jeden dieser Juden vermutete man fünfzig weitere, die nur auf eine Gelegenheit warteten, illegal einzureisen, und zahllose Immigranten kamen auch tatsächlich illegal über die deutsche Ostgrenze. Bis 1923 kam es in Oberschlesien, Berlin, München, Düsseldorf und anderen Städten wiederholt zu Internierungen in Militärlagern und zu Abschiebungen. Die „schleunige Ausweisung einiger besonders übler östlicher Zuwanderer" wurde „zur Hebung der öffentlichen Stimmung" empfohlen (Maurer 1986). Und tatsächlich wurden 1920 zwei mit dem Terminus „Konzentrationslager" belegte Internierungslager geöffnet, in den Orten Stargard und Cottbus. Und wieder funktionierte das Zusammenspiel von staatlichen Maßnahmen und Rassismus in der deutschen Bevölkerung: Erst die Lager, dann die Pogrome: Im Oktober und im November 1923, als die Konzentrationslager Stargard und Cottbus aus Kostengründen schon wieder geschlossen waren, kam es mit den Rufen „Schlagt die Juden tot" zu antisemitischen Ausschreitungen gegen „die Galizier" in Berlin, Beuthen, Breslau, Königsberg, Erfurt, Coburg, Nürnberg, Oldenburg und Bremen.

Das Zusammenspiel von antisemitischer Agitation gegen ostjüdische MigrantInnen und staatlicher Diskriminierungspolitik war ein entscheidendes Merkmal des modernen Antisemitismus in Deutschland.

4. Die neuen Feindbilder

Ich möchte von diesem Feindbild „die Galizier“ einen Sprung machen zu den heutigen Feindbildern. Zu dem Feindlind Roma, dem Feindbild Asylant und dem Feindbild Illegaler. Auch heute dienen diese rassistischen Feindbilder der Durchsetzung bestimmter politischer Ziele.

Das Feindbild Roma: Nach dem Fall des eisernen Vorhangs retteten sich zahlreiche Sinti und Roma vor den neu ausbrechenden nationalistischen Ordnungsversuchen aus Südosteuropa in den Westen, ganz ähnlich, wie sich 70 Jahre vorher die Ostjuden vor der nationalistischen Neuordnung in Zentralosteuropa mit den dazugehörigen Diskriminierungen und Pogromen in den in den Westen gerettet haben. Sie wurden sofort mit nahezu den gleichen Stereotypen belegt wie in den 20er Jahren die Ostjuden und sie wurden zum ersten Angriffspunkt der europaweiten Flüchtlingspolitik in den frühen 90er Jahren. Über die Stationen der europäischen Flüchtlingspolitik - von Schengen 1985 über Maastricht 1993 nach Dublin 1997 - möchte ich hier nicht weiter berichten. Es sind die Stationen der EG-weiten Verallgemeinerung der hautsächlich aus Deutschland stammenden Abwehrstrategien gegen Flüchtlinge. Die Blockierung der Reisewege und die Rückschiebung der Roma - ich erinnere nur an die Konferenz von Budapest 1993, auf der Europa nach Herkunfts-, Transit- und Zielländern klassifiziert wurde, wobei alle beteiligten Länder zu „sicheren Drittstaaten erklärt wurden und die Grundlagen für eine internationale Polizeizusammenarbeit gelegt wurden, und an den Rücknahmevertrag mit Rumänien, der 1992 unmittelbar nach den Pogromen von Lichtenhagen abgeschlossen wurde und der dazu führte, daß die Sinti und Roma seither ein Strom ständiger Abschiebungen ausgesetzt sind, der inzwischen offenbar so sehr zum Alltag geworden ist, daß kaum jemand überhaupt noch darüber redet. Auch den Export von Grenzregimes gen Osten möchte ich jetzt nicht weiter ausführen, sondern hierzu auf die Schriften der FFM verweisen, die die Recherche in osteuropäischen Transitländern zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hat (FFM 1995, 1996, 1997). Das Lohnverhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Ukraine oder Belarus beträgt auf einer Gefällestrecke von nur 700 km rund 100:1 und eine zunehmende Aufrüstung der Grenzregimes ist erforderlich, um dieses Gefälle aufrechtzuhalten.

Feindbild Asylant: dieses Feindbild entstand Anfang der 80er Jahre, nachdem das Asylrecht seit dem Anwerbestopp vom 1973 und der Einengung des Familiennachzugs 1980 in der BRD zum Nadelör der Immigration geworden war, und nachdem eine kleine Minderzahl von Flüchtlingen aus den großen weltweiten Flüchtlingsbewegungen - Chilenen, Tamilen, Iraner, Kurden, Libanesen, Äthiopier, Afghaner und Ghanaer - den Weg nach Westeuropa gefunden hatten. Bei diesem Feindbild ging es Entgarantierung des sozialrechtlichen Status der Flüchtlinge. Die Stichworte sind: Beschleunigungsgesetze zum Asylverfahren 1978 und 1980, Visumzwang, Arbeitsverbot, Lager, Abschiebungen, Ausländerzentralregister, Änderung des Sozialhilfegesetzes und Asylverfahrensgesetz 1982: das Resultat: Absenkung der Anerkennungsquote auf unter 5%, Abdrängung der Flüchtlinge aus der sozialen Sicherung in den illegalen Arbeitsmarkt. Die derzeit von Berlin ausgehende Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes, in der es darum geht, den geduldeten Flüchtlingen das Recht auf Sozialhilfe abzuerkennen, bildet den vorläufigen Schlußpunkt dieser Linie. Dieses Gesetz wird vor allem die Kriegsflüchtlinge aus Bosnien treffen. Es wäre das erste Mal, daß eine Gruppe von Menschen offen aus dem Sozialsystem ausgegrenzt wird.

Feindbild Illegaler: Ich denke, die Aufrüstung der Ostgrenzen, die Kontrollen, das Schengen-Informationssystem, die Dritte Säule von Maastricht bis hin zum CIREFI sind den meisten hier hier bekannt - ich verweise auf das letzte Heft von Off Limits, auf den Reader zur Fluchthilfe, den die Kampagne kein Mensch ist illegal gerade herausgegeben hat, und auf die Schriftenreihe des FFM. Die MigrantInnen haben nur noch Chancen, wenn sie sich in Zusammenhängen bewegen können, in denen sie von der Fluchthilfe bis zur Organisation des illegalen Lebens in der Metropole auf vorbereitete Strukturen treffen, auf die sie sich stützen können. Derartige Strukturen gibt es bei bestimmten Ethnien und begünstigten Communities, zum Teil unter Kontrolle politischer Strukturen, zum Teil in der Hand von kommerziell orientierten Organsiationen. Diese letzteren fungieren, indem sie die Höhe der Fluchtgelder an den erwarteten Einkünften der Immigranten orientieren, als Zulieferer und Regulatoren des illegalen Arbeitsmarkts. Sie sind ein Faktor der Selektion der MigrantInnen nach ihrer Herkunft und Verwertbarkeit, und ihnen dieses Feld zu überlassen, bedeutet, die Migrantion auf ihre Funktion für die illegalen Arbeitsmärkten zu reduzieren. Den Frauen, die nicht Prostituierte oder Hausdienerin werden wollen, den Kindern, den Armen und den minoritären Ethnien stehen diese Strukturen ja nicht zur Verfügung. Bei alledem ging es bislang nicht wirklich darum, die Grenzen völlig zu schließen. Es gibt ja keinen Zweifel daran, daß illegale Arbeit im Europa der 90er Jahre eine zentrale Rolle spielt - nicht nur im Dienstleistungssektor, der leichter wahrgenommen wird, sondern auch, weniger sichtbar, in der dezentralen industriellen Produktion, im Transportbereich und in der Landwirtschaft (Sivanandan 1992). Allerdings könnte der Bedarf an billigen Arbeitskräften mit Ausweitung der EU vielleicht auch innerhalb der Festung Europa gedeckt werden.

Es gibt ja keinen Zweifel daran, daß illegale Arbeit eine zentrale Rolle spielt - nicht nur im Dienstleistungssektor, der leichter wahrgenommen wird, sondern auch, weniger sichtbar, in der dezentralen industriellen Produktion, im Transportbereich und in der Landwirtschaft

DIE NEUE SICHERHEITSPOLITIK

Der BGS verlegt zur Zeit den Schwerpunkt seiner Arbeit von der technischen Aufrüstung an der Grenze selbst hin zu einem Denunziationsbündnis mit der grenznahen Bevölkerung (Dietrich 1998). Darauf möchte ich in meiner 4. These eingehen, eine These über die zentrale Stellung des Sicherheitsdiskurses in der Flüchtlingspolitik. Indem die Grenzsicherung von einer grenzpolizeilichen Aufgabe zunehmend zur Aufgabe der kommunalen Behörden, einiger Wirtschaftsbetriebe und der gesamten Grenzbevölkerung umdefiniert wird, zielt es auf gesellschaftliche Wirkung und wird zur Metapher, vielleicht auch zum Modell einer neuen Gesellschaftsordnung.

Der gesellschaftliche Kontext wird immer weniger durch staatliche Sozialleistungen und garantierte Beschäftigungsverhältnisse gesichert. 5 Millionen Arbeitslose und noch mehr Arme - die postkeynesianische Gesellschaft braucht ein neues politisches System. Dabei könnte sich der Diskurs der Sicherheit als rationaler und wirksamer erweisen als die plumperen neonationalistischen Modelle, wirksam auch in den Gesellschaftsschichten, die sich in Lifestiles und nicht nach nationalen Kritereien definieren, die aber feststellen, daß sie durchaus etwas zu verlieren haben, und deshalb ein Bedürfnis nach Sicherheit entwickeln.
Die Behandlung „der Illegalen“ als Sicherheitsproblem entspricht der Tatsache, daß die Situation der Flüchtlinge auch im Innern der Festung und trotz aller Sicherungssysteme unüberschaubar geworden ist. Der Kampf ist noch nicht entschieden, die Situation ist offen. Die MigrantInnen artikulieren sich - die Sans Papiers in Frankreich, und jetzt auch hier im Köln. Die UnterstützerInnen haben Zulauf - die Kampagne Kein Mensch ist Illegal weitet sich aus. Die Situation ist noch offen: vielleicht steht am Ende dieses Jahrhunderts nicht die Festung Europa, sondern der Sturm auf die Festung und eine Neuzusammensetzung der Gesellschaft, in der auch die MigrantInnen sich das Recht auf Freizügigkeit und ein Leben in Würde erkämpfen.

NOCHMAL DIE THESEN:

1. Weil die MigrantInnen, die aus der Peripherie in die industriellen Zentren kommen, das Prinzip der gegenwärtigen Weltordnung, das Prinzip des freien Kapitalverkehrs bei begrenzter Freizügigkeit der Menschen, durchkreuzen, bilden sie eine soziale Bewegung, welche die realen Zustände real aufhebt.

2. Ob jemand Flüchtling ist oder einfach MigrantIn, hängt weniger mit den Gründen der Emigration zusammen als mit den Modalitäten der Aufnahme und der Statuszuschreibung im Ankunftsland.

3. Rassismus sollte im Rahmen der Migrationspolitik diskutiert werden als eine zweckvolle Organisation von Vorurteilen hin zu einer Ideologie, auf deren Basis spezifische politische Ziele durchgesetzt werden können (Zolberg 1978).

4. Indem die Grenzsicherung von einer grenzpolizeilichen Aufgabe zunehmend zur Aufgabe der kommunalen Behörden, einiger Wirtschaftsbetriebe und der gesamten Grenzbevölkerung umdefiniert wird, zielt es auf gesellschaftliche Wirkung und wird zur Metapher, vielleicht auch zum Modell einer neuen Gesellschaftsordnung.

LITERATUR:

S. Aschheim, 1982, Brothers and Strangers, The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800-1923, Madison: University of Wisconsin Press
H .Dietrich, 1998, Feindbild „Illegale“. Eine Skizze zu Sozialtechnik und Grenzregime, Berlin: unveröff.MS
J.S. McDonald, 1963, Agricultural Organusation, Migration, and Labour Militancy in Rural Italy, 1902-13, Economic History Review 16
Imre Ferenczi, 1969, Proletarian Mass Migration, in: W.F. Wilcox (Ed), International Migrations, New York: Reprint Gordon and Breach, Vol.1, S. 81-88
FFM, 1995, Polen. Vor den Toren der Festung Europa, Berlin und Göttingen: Schwarze Risse; 1996, Rumänien. Vor den Toren der Festung Europa und 1997, Ukraine. Vor den Toren der Festung Europa. Die Vorverlagerun der Abschottungspolitik, jeweils im selben Verlag.
E. Jungfer, 1993, Flüchtlingsbewegungen und Rassismus. Die Nation der Minderheiten und das Volk der Staatenlosen, Frankfurt: medico report 19
M. Marrus, 1985, The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century, New York: Oxford University Press
A. Sivanandan, 1992, Rassismus 1992, in: From Resistance to Rebellion. Texte zur Rassismusdiskussion, Berlin uund Göttingen: Schwarze Risse, S.147-154
T.Maurer, 1986, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg: Christians Verlag
C. Newland, 1981, Refugees: The New International Politics of Displacement, Worldwatch Paper 43, und 1986, Refugees: The Dynamics of Displacement, London: Zed Books
Charles Tilly, 1978, Migration in Modern European History, in: William H. McNeill and Ruth S. Adams, Human Migration. Patterns and Policies, Bloomington: Indiana University Press, S.49-72
J. Wertheimer, 1987, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York: Oxford University Press
A.R. Zolberg, Migration Politics in a World System, in: Human Migration,
op.cit. S.246-281

Gegen das Heldengedenken in Halbe

Was passiert in Halbe?
Auf dem Waldfriedhof liegen 23.000 deutsche Soldaten. SS- und Waffen-SS Angehörige, Volkssturmmänner und Hitlerjungen, die in der letzten großen Kesselschlacht des 2. Weltkrieges lieber sterben wollten, als sich den Befreiern der Roten Armee zu ergeben und so ihr Leben zu retten.
Der Aufmarsch in Halbe hat für die Neonazis immense symbolische Bedeutung. Wie im fränkischen Wunsiedel oder beim Naziaufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens 1945 sehen sie hier die Möglichkeit, unter dem Deckmantel eines Trauermarsches offen an nationalsozialistische Traditionen anzuknüpfen und zu verherrlichen. Unter dem Schlachtruf „Straße frei der deutschen Jugend" wird für den braunen Nachwuchs hier eine nationalsozialistische Erlebniswelt inszeniert. So sollen nicht nur nationalsozialistische Traditionen gepflegt werden, sondern darüber hinaus emotionale Bindungen geschaffen werden, um die Herausbildung einer nationalsozialistischen Identität zu befördern. Zusätzlich vermitteln diese Aufmärsche Stärke und Zusammenhalt. Durch den überregionalen, oftmals internationalen Charakter dieser Veranstaltungen wird dieser Eindruck verstärkt. Hier ergeben sich für die Nazis Möglichkeiten Kontakte zu knüpfen, die wiederum die Zusammenarbeit über einzelne Großveranstaltungen hinaus fördern.

Nazis in Halbe 1990 – 2006
Schon in den Jahren 1990 und 1991 versammelte sich die militante Naziszene der Bundesrepublik am „Volkstrauertag" in Halbe. Danach wurde der Naziaufmarsch bis zum Jahr 2002 verboten. 2003 fand das „Heldengedenken" mit etwa 700 Teilnehmern unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten" wieder statt. Am 12. November 2005 waren es dann schon über 1.700 Nazis, die sich in Halbe versammelten.
Bis 2004 blieb die Antifa bei den Protesten gegen die Naziaufmärsche weitgehend unter sich. Aber seit dem 12. November 2005 haben auch BürgerInnen aus Halbe und Umgebung, Verbände und Parteien aus dem Land Brandenburg den Protest gegen die Nazis für sich entdeckt. Der Naziaufmarsch konnte durch eine Blockade der Naziroute verhindert werden.
Am 11. März 2006 jedoch sicherte die Brandenburger Polizei den störungsfreien Ablauf des Naziaufmarsches unter Führung des Hamburger Neonazikaders Christian Worch. Dieses Jahr könnte sich dieser Vorgang wiederholen. Am Volkstrauertag 2006 konnten die Nazis auf Grund der „Tag der Demokraten" nicht in Halbe, sondern `nur` in Seelow ihr „Heldengedenken" durchführen. Aus diesem Grund weichen die Nazis nun auf den ursprünglichen Termin des Heldengedenkens , 5 Wochen vor Ostern, aus.

Kein Nazi-Wallfahrtsort
Ein jährliches Treffen von über 1.000 Nationalsozialisten, auf dem offen der Nationalsozialismus verherrlicht wird, können wir nicht hinnehmen. Halbe könnte der größte Neonazi-Wallfahrtsort in Deutschland werden, insbesondere wenn er als Ersatz für den so genannten „Rudolf-Hess-Marsch" in Wunsiedel herhalten muss, der verboten wurde. Verhindern kann dies nur ein breites antifaschistisches Bündnis, ohne Berührungsängste mit einem solidarischen Miteinander aller Formen von Protest und Widerstand. Der Naziaufmarsch im fränkischen Wunsiedel wurde nach einer langen Kampagne verhindert. So soll es auch in Halbe sein.

Weitere, aktuelle Informationen auf: **www.redhalbe.de.vu**

03. März: Antifaschistische Kundgebung
ab 10:00h Baruther Str.aße/ Teichmannstraße

links subversiv

Benjamin Blümchen & Bibi Blocksberg

Die Bundeszentrale für politische Bildung warnt.

Dr. Gerd Strohmeier schrieb in einem Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung über den subversiven Einfluß des grauen Riesen Benjamin und der quirligen Hexe Bibi in deutschen Kinderzimmern - die Ausführungen des bayrischen Privat-Dozenten wollen wir Euch nicht vorenthalten:

Einleitung

Wer kennt sie eigentlich nicht: den großen sprechenden Elefanten und die kleine fliegende Hexe aus Neustadt?[1] Mittlerweile sind mehrere (Kinder-)Generationen mit den Geschichten von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg aufgewachsen. Nach wie vor erfreuen sich die seit 1977 und 1980 erscheinenden Hörspiele größter Beliebtheit.[2] Im Laufe der Zeit sind die Geschichten der von Elfie Donnelly geschaffenen Hörspielhelden immer vielfältiger und deren Vermittlungsformen (CD, DVD, Fern-sehen, Kino) immer breiter geworden.

< Die Polizei (...) hat tendenziell ein negatives Image, das bereits im (alten) Titellied von Benjamin Blümchen anklingt: "Benjamin liebt alle Leute, ja sogar [!] die Polizei". >

Mit dem Erfolg der Hörspiele von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg wächst die Bedeutung der Frage nach den darin vermittelten Inhalten sowie deren Einfluss auf den Sozialisationsprozess von Kindern. Nicht zu unterschätzen ist dabei der politische Aspekt, hat doch eine Vielzahl der Blümchen- bzw. Blocksberg-Hörspiele einen politischen Bezug. Im Folgenden wird deshalb der Frage nachgegangen, welchen Beitrag die Hörspiele von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg zur politischen Sozialisation leisten.

Die Hörspiele haben häufig explizite politische Inhalte zum Gegenstand. Da in den Geschichten sehr oft ein politischer Bezug hergestellt wird, auch wenn dieser nicht zwingend notwendig erscheint,[36] bestimmte politische Inhalte (Umweltprobleme) immer wieder thematisiert werden und die von den Hörspielheldinnen und Helden sowie deren Freunden vertretenen politischen Positionen relativ eindeutig einem politischen Spektrum zugeordnet werden können, ist anzunehmen, dass die von den Blümchen- bzw. Blocksberg-Hörspielen bewirkten politischen Sozialisationsprozesse zum Teil durchaus beabsichtigt sind. Somit ist davon auszugehen, dass sie - neben latenten politischen Sozialisationsprozessen - auch manifeste politische Sozialisationsprozesse bewirken. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Hörspiele von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg - im Rahmen ihrer (vermutlich beabsichtigten) Vermittlung expliziter politischer Inhalte - den kindlichen "Komplex von Einstellungen, Kognitionen, Wertvorstellungen und Gefühlen gegenüber dem politischen System, Politikern, politischen Institutionen"[37] beeinflussen und welchen Beitrag sie dabei zur Erreichung des normativen Ziels politischer Sozialisation in pluralistischen Demokratien leisten, d.h., inwiefern sie die Entwicklung des politisch mündigen Bürgers fördern. Dabei wird allerdings nicht die konkrete Wirkung dieser beiden Hörspiele auf Kinder analysiert, sondern nur das ihnen inhärente politische Sozialisationspotenzial illustriert.

Politische Strukturen und Akteure

Benjamin Blümchen, der große sprechende Elefant, und Bibi Blocksberg, die kleine fliegende Hexe, sind die beiden Hauptfiguren in den nach ihnen benannten Hörspielen. Obwohl sie sich in einigen Punkten stark voneinander unterscheiden (und daher auch unterschiedliche Zielgruppen ansprechen), haben sie viele Dinge gemeinsam. Von besonderer Bedeutung ist dabei - mit Blick auf politische Vorgänge -, dass sie stets auf der Seite der Gerechtigkeit stehen, das "Interesse aller Bürger"[38] ("Gemeinwohl") im Auge haben und dieses so gut wie möglich fördern - kurz: Sie sind die "Guten", die Vorbilder, die Identifikationsfiguren für Kinder.

Der Staat bzw. die Politik (im engeren Sinne) wird in den Hörspielen vornehmlich durch den Bürgermeister repräsentiert,[39] der in vielen Geschichten vorkommt und nicht selten eine zentrale Rolle spielt.[40] Er tritt in der Regel nur als "der Bürgermeister" in Erscheinung und ist allzu oft der Gegenspieler von Benjamin bzw. Bibi. In Neustadt ist er (auch wenn er selbst vom Gegenteil

überzeugt ist) nicht sonderlich beliebt. Schließlich ist er grundsätzlich - das heißt ohne äußeren Druck - verantwortungslos und wenig hilfsbereit. So erachtet er es z.B. nicht einmal für notwendig, finanzielle Bittgesuche des Zoos oder des Tierheims zu beantworten.[41] Stattdessen plant er Dinge, die - vielleicht außer wenigen profitgierigen Wirtschaftsvertretern - niemand braucht bzw. haben möchte und die zudem umweltschädlich sowie kostspielig sind. So lässt er (bzw. der Stadtrat) einerseits alte Bäume fällen, um eine nicht benötigte vierspurige Schnellstraße zu bauen, und andererseits gut genutzte Eisenbahnstrecken stilllegen.[42]

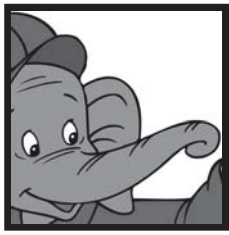
Er ist grundsätzlich nicht am Wohl der Bürger, sondern nur an dem von ihm definierten Wohl der Stadt, vor allem aber an seinem eigenen Wohl interessiert. Es macht ihm zum Beispiel nichts aus, für seine teure Dienstausrüstung "die armen Steuerzahler" zu schröpfen,[43] und er ist stets auf der Suche nach neuen Einnahmequellen für Neustadt - um das Rathaus zu renovieren, sein Büro zu vergrößern, einen neuen Dienstwagen oder sogar eine Perlenkette für seine Frau (!) zu kaufen[44] (obwohl er selbst "viel Geld hat"[45] bzw. "gut verdient"[46]). Um die Stadtkasse - die zum Teil auch seine Privatkasse zu sein scheint - aufzustocken, ist er beinahe zu allen "Schandtaten" bereit, z.B. auf Zirkuseintrittspreise eine Sondervergnügungssteuer zu erheben oder das alte Zunfthaus nicht zu einem Museum zu machen, sondern es für eine Million dem betrügerischen Immobilienhändler Schmeichler zu verkaufen.[47]

Während er also durchaus geneigt ist, mit korrupten Wirtschaftsvertretern zu kooperieren, ist sein Verhältnis zur Presse gespalten: Einerseits braucht er sie, will er sich doch über sie positiv darstellen, andererseits fürchtet er sich vor ihr bzw. davor, dass sie "[d]ie Wahrheit über's Neustädter Rathaus"[48] schreibt. Zur "Wahrheit" gehört zum Beispiel, dass der Bürgermeister während seiner Dienstzeit isst, schläft, Computer spielt, Autozeitschriften liest und ohne Termine (auf die man in der Regel ein halbes Jahr warten muss) niemanden empfängt. Dennoch erfreut er sich an seiner politischen Macht, die ihm häufig zu Kopf steigt: Allzu gerne sieht er sich als "König", die Bürger als "Untergebene" oder als "sein Volk"[49] und seine öffentlichen Auftritte als "Audienzen".[50] Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behandelt er grundsätzlich wie Leibeigene, d.h. unfreundlich und unmenschlich. So hat er keine Skrupel, seinen Sekretär mit den Worten "Schweigen Sie, Pichler!" den Mund zu verbieten.[51]

Dabei wäre er ohne seine Mitarbeiter nicht in der Lage zu regieren: Sie schreiben ihm seine Reden, sagen ihm, wann er diese zu halten hat, erklären ihm, was vorgeht und was sich hinter bestimmten Begriffen, wie etwa dem des Recycling,[52] verbirgt. Mit anderen Worten: Der Bürgermeister ist (selbst im Vergleich zu Kindern) ungebildet, unfähig, ungeschickt, unbeholfen und undiplomatisch - kurz: "eine Flasche, aber ohne Geist!"[53] Dies wird auch durch sein tollpatschiges und lächerliches Auftreten sowie durch seine gestelzten und unsinnigen Aussagen unterstrichen. So stammelt er beispielsweise zur Be-grüßung beim Tag der offenen Tür im Neustädter Rathaus: "Ich freue mich sehr, dass Sie meiner Einladung Gefolge geleistet ... (hustet) ... äh ... Folge geleistet haben. Und dass Sie sich so zahlreich hier versemmelt ... (hustet) ... äh ... versammelt haben ... äh ... sind. Und auch ich bin zahlreich ..."[54]

Die Polizei wird durch den Polizeipräsidenten sowie andere Polizisten repräsentiert, die in einigen Geschichten vorkommen. Sie hat tendenziell ein negatives Image, das bereits im (alten) Titellied von Benjamin Blümchen anklingt: "Benjamin liebt alle Leute, ja sogar [!] die Polizei".[55] Schließlich sind die Polizisten häufig die "verlängerten Arme" des Bürgermeisters und somit Gegenspieler von Benjamin bzw. Bibi, die aller-dings einsehen, dass "[e]s (...) auch solche Berufe ge-ben [muss]"[56]. Die Polizisten treten in der Regel wie Soldaten auf: ernst, streng und gehorsam. Sie tun blind ihre Pflicht und haben nicht selten eine regelrechte Freu-de am Verhaften. Allerdings sind sie relativ schwer von Begriff und leicht für dumm zu verkaufen. Sie geben nicht selten ein ähnlich lächerliches Bild ab wie der Bürgermeister, etwa wenn sich der Polizeipräsident so am Telefon meldet: "Hier das Polizidium, äh äh äh äh, Präsidalpolizium, na egal, hier spricht der Polizeipolizent persönlich, na ich bin's."[57]

Die Medien werden nahezu ausschließlich durch die "rasende Reporterin" Karla Kolumna repräsentiert,[58] die in beinahe jeder Geschichte vorkommt. Karla Kolumna steht grundsätzlich auf der Seite von Benjamin bzw. Bibi und folglich allzu oft nicht auf der Seite des Bürgermeisters oder des Immobilienhändlers Schmeichler, denen sie grundsätzlich misstraut bzw. kritisch gegenübersteht. Sie vermittelt das Bild einer "verantwortungsvollen Reporterin, die darauf achtet, dass Wahlversprechen ein-gehalten"[59] und Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Somit ist sie häufig "Retterin in der Not". Ihre Ziele verfolgt sie "mit der geballten Kraft der Presse",[60] beispielsweise durch "flammende Artikel" gegen geplante "Umweltsünden" des Bürgermeisters.[61] Die Figur der Karla Kolumna hat jedoch auch einige negative Seiten: Sie bestehen in einer gewissen Selbstverliebtheit, der "Gier" nach Sensationen und der daraus resultierenden Tendenz zu Übertreibungen sowie zur Freude über Negativschlagzeilen. So ist sie beispielsweise anlässlich einer Trockenheitsphase geneigt, Neustadt in der Presse als "Wüstenmetropole" zu bezeichnen, und von der drohenden Gefahr eines Waldbrands (zunächst) hellauf begeistert.[62] Im Kern ist Karla Kolumna allerdings ehrlich und "gut".



< Wenn alle nein zum Krieg sagen würden, dann gäb's keine Kriege >

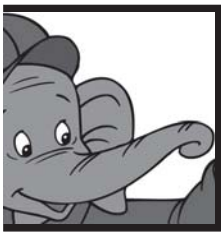
Die Wirtschaft wird durch Herrn Schmeichler sowie durch verschiedene andere Akteure, wie z.B. Ulrich Umsatz oder Bankdirektoren, repräsentiert, die in einigen (wenigen) Geschichten vorkommen. Ihnen gemeinsam ist, dass ihnen Geld sehr viel bedeutet und ihnen beinahe jeder Weg recht ist, um an Geld zu kommen. Herr Schmeichler, der als "Baulöwe" oder "Immobilienhai"[63] bezeichnet wird und für den ein Sparbuch "der erste Schritt zur Menschwerdung [ist]",[64] schreckt zum Beispiel nicht davor zurück, andere auszunutzen oder zu betrügen, und ist deshalb ein Gegenspieler von Benjamin bzw. Bibi. Sein Name ist Programm: Er heuchelt, lügt und betrügt, um seinen Nutzen zu maximieren. So will er etwa das alte Zunfthaus unter dem Vorwand erwerben, es zu renovieren und darin eine Eisdiele, eine Diskothek sowie ein Museum für die Jugend einzurichten; in Wirklichkeit will er jedoch einen dort verborgenen Schatz bergen, das alte Gebäude abreißen und Neustadts ersten Wolkenkratzer bauen.[65]

Politische Prozesse

Die unterschiedlichen Einstellungen und Verhaltensweisen der verschiedenen Charaktere der Figuren führen naturgemäß zu Spannungen. Diese treten hauptsächlich zwischen den Hörspielhelden und der Politik (zum Teil in Verbindung mit der Polizei), den Hörspielhelden und der Wirtschaft, den Medien und der Poli-

tik sowie den Medien und der Wirtschaft auf. In der Regel kommt es zu einer Koalition zwischen Benjamin bzw. Bibi und Karla Kolumna sowie den - meist durch sie über die Presse aufgerüttelten - Neustädter Bürgerinnen und Bürgern gegen den Bürgermeister, die zum Teil von ihm instrumentalisierten Polizisten und/oder Herrn Schmeichler. Die Problemlösungen entsprechen im Prinzip immer wieder dem gleichen Muster: Mit Hilfe der Zeitung gelingt es den Hörspielhelden bzw. Karla Kolumna, die (in der Regel ahnungslosen und hintergangenen) Neustädter Bürgerinnen und Bürger aufzuklären und zu mobilisieren sowie die jeweiligen Problemverursacher bzw. Entscheidungsträger, insbesondere den Bürgermeister, zum Handeln zu zwingen. Der Bürgermeister wird durch den Druck der Medien bzw. der Öffentlichkeit am Ende stets zum "Wendehals", indem er die gewünschte - das heißt "richtige" - Entscheidung trifft und anschließend deren Erfolg - wenn möglich - für sich reklamiert.[66] Obwohl er in der Regel darauf hinweist, dass Entscheidungen einer Stadtratssitzung bzw. eines Stadtratsbeschlusses bedürfen, trifft er diese aufgrund des großen Drucks bzw. Unverständnisses für langwierige (demokratische) Entscheidungsprozesse (bei "richtigen" Entscheidungen) häufig alleine.[67]

Ein klassisches Beispiel sei angeführt: Der Bürgermeister will durch den Neustädter Forst eine Verbindungsstraße von der Stadt zur Autobahn bauen, unter anderem um seine Tante Rosamunde schneller erreichen zu können, sieht sich dann aber auf Druck der Presse und der Demonstranten gezwungen, das geplante Vorhaben als Missverständnis darzustellen und - ohne Stadtratsbeschluss - einen Waldspielplatz bauen zu lassen.[68]



< TÖÖRRRRÖÖÖÖÖÖÖÖHHHHH >

Politische Inhalte

Im Zentrum politischer Auseinandersetzungen steht in vielen Geschichten die Umweltpolitik. Dabei befinden sich die Hörspielhelden sowie Karla Kolumna stets in der Rolle der Umweltschützer und der Bürgermeister in der Regel in der Rolle des Umweltverschmutzers. Während beispielsweise Benjamin eine Demonstration gegen den Bau einer Straße mit Kindersprechchören "Wer Straßen baut, wird vollgehaut" veranstaltet,[69] reist der Bürgermeister in den Orient, um Neustadt an die "transkontinentale Pipeline" anschließen zu lassen.[70] Der überaus große Stellenwert der Umweltpolitik in den Blümchen- bzw. Blocksberg-Hörspielen wird insbesondere in der Geschichte deutlich, in der Benjamin das Amt des Bürgermeisters übernimmt und als solcher binnen kürzester Zeit mit (nahezu ausschließlich) ökologischen Maßnahmen radikal die Stadt verändert. So lässt er - unter großem Beifall der Neustädter Bürger - anstelle einer Autobahn einen Freizeitpark bauen, den Dienstwagen des Bürgermeisters durch ein Dienstfahrrad ersetzen, ein Windkraftwerk und Radwege errichten sowie ein generelles Tempolimit von 30 km/h verhängen.[71] Neben der Umweltpolitik werden in verschiedenen Geschichten (ansatzweise) auch andere Politikfelder thematisiert. Dabei werden die "richtigen" politischen Positionen bzw. Verhaltensweisen stets von den Hörspielhelden sowie von Karla Kolumna und die "falschen" politischen Positionen bzw. Verhaltensweisen in der Regel vom Bürgermeister (zum Teil auch von den Polizisten) und von Herrn Schmeichler vermittelt: Während

 # Benjamin "einen Sitzstreik ... gegen den Krach [der Autos]" durchführt,[72] ist für den Bürgermeister die "Ruhe [... der Bürger bei der politischen Willensbildung] die erste Bürgerpflicht"[73];

 # Benjamin - zum Beispiel mit der Aussage "Wenn alle nein zum Krieg sagen würden, dann gäb's keine Kriege" - das (pazifistische) Gewissen über das Pflichtbewusstsein stellt,[74] tun die Polizisten - getreu dem Motto "Irgendjemand muss einfach verhaftet werden in einer Geschichte, in der die Polizei vorkommt"[75] - blind ihre Pflicht;

 # Benjamin der Stadt ein geerbtes Schloss borgt, um es zu renovieren und Arbeitslosen kostenlos zur Verfügung zu stellen,[76] vermietet Herr Schmeichler mit üblen Tricks völlig überteuerte und marode Hochhauswohnungen an gutgläubige Bürger (bzw. Elefanten);[77]

 # Karla Kolumna der Meinung ist, dass es "genug [d.h. zu viel] Ordnung in diesem Land"[78] gibt, will der Polizeipräsident "den Bürger von klein auf im Auge behalten" bzw. "zur Ordnung anhalten"[79];

 # Bibi für den türkischen Mitschüler Issam Geld sammeln will, damit sich dieser die Klassenfahrt leisten kann,[80] meint der Bürgermeister, dass "sich nicht jeder alles leisten [kann]" und er in diesem Jahr auch "nur" viermal in die Karibik fliegen konnte;[81]

 # Bibi dem Bürgermeister keinen Respekt zollt und ihr Vater dies gutheißt, ist ein spießiger und unfreundlicher Anhänger des Bürgermeisters der Meinung, dass Kinder Ehrfurcht vor dem Bürgermeister haben sollten - sowie der Überzeugung, dass Bibis Vater aufgrund seiner kritischen Haltung gegenüber dem Bürgermeister "ein Roter" (!) ist.[82]

Kurz: Die "richtigen" politischen Positionen bzw. Verhaltensweisen sind ökologisch, postmaterialistisch, basisdemokratisch, kritisch, zivilcouragiert, pazifistisch, sozial, antikapitalistisch, egalitär, tendenziell anarchisch bzw. antistaatlich, antihierarchisch, antiautoritär und antikonservativ; mit anderen Worten: "links" der politischen Mitte (linksliberal bis linksalternativ).

Abschließende Bewertung

Die Hörspiele von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg verdienen aus politikwissenschaftlicher Sicht keineswegs das Prädikat "wertvoll":

Es wird zwar sehr gut dargestellt,

 # dass die Politik eine wichtige Bedeutung für die Wirtschaft hat sowie vom Wohlwollen der Bevölkerung und damit auch von einer positiven Mediendarstellung abhängig ist. Äußerst bedenklich ist allerdings das kontinuierlich negative Image der Politik: Die Kinder erfahren, dass diese grundsätzlich verantwortungslos (unter anderem verschwenderisch, ausbeuterisch und umweltschädlich), bürokratisch sowie korrumpierbar und keineswegs wohltätig, effektiv oder am Gemeinwohl orientiert ist. Politiker sind in den Hörspielen grundsätzlich lächerliche und inkompetente Figuren, die faul, reich, geld- und machtgierig, verschlagen, am eigenen Wohl orientiert sowie unfreundlich, unmenschlich und unbeliebt sind.

 # dass die Polizei zur Exekutive zählt und politische Entscheidungen ausführt. Äußerst bedenklich ist allerdings das überwiegend negative und militärische Image der Polizei bzw. die Darstellung, dass die Polizisten grundsätzlich lächerliche und inkompetente Handlanger der Politik sind, die unreflektiert eine unsinnige Pflicht tun.

 # dass die Medien Öffentlichkeit herstellen, die Bürgerinnen und Bürger informieren, Politik und Wirtschaft (machtvoll) kontrollieren, Themen mit Nachrichtenwert (und damit auch Negativschlagzeilen) nachspüren und diese allzu gerne forcieren oder gar generieren.[83] Äußerst bedenklich ist allerdings das kontinuierlich positive Image der Medien bzw. die Darstellung, dass die-

se grundsätzlich "gut" und objektiv sind, die Gerechtigkeit bzw. das "Gemeinwohl" fördern sowie eine absolute Wirkung entfalten.

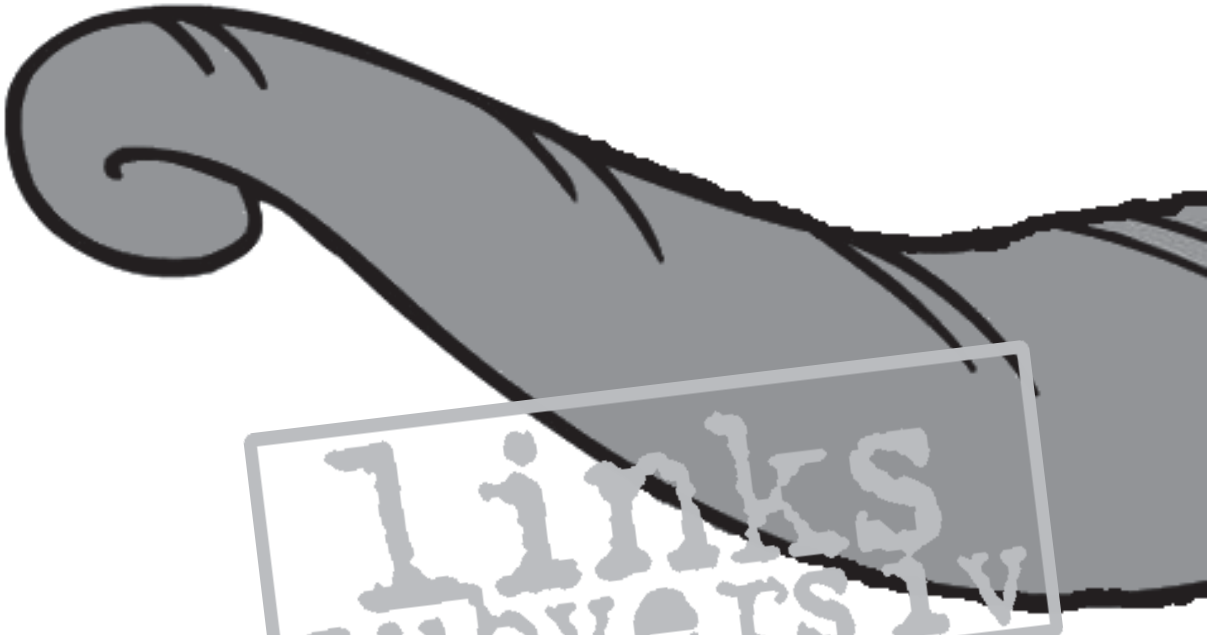
 # dass die Wirtschaft gewinnorientiert arbeitet und zum Teil auf Entscheidungen der Politik angewiesen ist. Äußerst bedenklich ist allerdings das kontinuierlich negative Image der Wirtschaft sowie des Wirtschaftens bzw. die Darstellung, dass Wirtschaftsvertreter grundsätzlich andere betrügen bzw. ausnutzen und sich unsozial verhalten.

 # dass im Rahmen des politischen (Willensbildungs- und Entscheidungs-)Prozesses die Medien die Bevölkerung und beide zusammen die Politik beeinflussen können. Äußerst bedenklich ist allerdings die Darstellung, dass die Medien zusammen mit den Neustädter Bürgern (und natürlich den Hörspielhelden) im Gegensatz zu Politik, Polizei und Wirtschaft grundsätzlich auf der "richtigen Seite" stehen, sich diese Seite stets durchsetzen kann und politische Entscheidungen in der Regel nicht demokratisch getroffen werden.

 # dass Umweltprobleme als politische Inhalte eine große Bedeutung haben. Äußerst bedenklich ist allerdings, dass beinahe nur Umweltprobleme thematisiert bzw. andere Probleme, Bedürfnisse oder Forderungen, z.B. der Wirtschaft, gegenüber Belangen der Umwelt als absolut nachrangig und unbedeutend dargestellt werden und sich die "richtigen" politischen Positionen grundsätzlich "links" der politischen Mitte befinden.

< Die Hörspiele verdienen aus politikwissenschaftlicher Sicht keineswegs das Prädikat "wertvoll" >

Trotz des großen Erfolgs der Hörspiele von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg ist insgesamt festzustellen, dass diese die Entwicklung politisch mündiger Bürgerinnen und Bürger kaum fördern, wenn nicht sogar behindern. Denkt man an die oben dargestellte Bedeutung von Kinderhörspielen für die politische Sozialisation, den langjährigen und großen Erfolg der beiden Hörspielhelden sowie auch an die Ausstrahlung ihrer Geschichten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ZDF und KI.KA),[84] so ist diese Kritik keineswegs unbedeutend. Kinder hören bei den Blümchen- bzw. Blocksberg-Hörspielen keineswegs nur lustige Geschichten eines sprechenden Elefanten und einer kleinen Hexe, sie "hören mehr, und das, was sie hören, sollte mehr Aufmerksamkeit verdienen"[85].



Anmerkungen:

1 So kennen z.B. 98 Prozent aller Kinder (6 - 14 Jahre) Benjamin Blümchen (Kiddinx-Merchandising, http://www.kiddinx-merchandising.de, 5.7. 2005).

2 Die Blümchen- bzw. Blocksberg-Hörspiele liegen in den Kindertonträgercharts von 2002 auf den Plätzen zwei und drei (GfK/Institut für angewandte Kindermedienforschung [IfaK]). Von Benjamin Blümchen wurden seit 1977 insgesamt 102 Folgen produziert und über 60 Millionen MCs verkauft, von Bibi Blocksberg wurden seit 1980 insgesamt 83 Folgen produziert und über 35 Millioen MCs verkauft; vgl. Kiddinx-Merchandising (Anm. 1).

36 Z. B. Benjamin Blümchen, MC 66.

37 Vgl. H.-P. Kuhn (Anm. 8), S. 20.

38 Benjamin Blümchen, MC 8.

39 Die politischen Strukturen werden weitestgehend durch die politischen Akteure repräsentiert.

40 Die z. T. vorkommenden anderen Politiker (Landrat, Stadträte) geben grundsätzlich ein ähnliches Bild wie der Bürgermeister ab. Die politischen Akteure bzw. Institutionen sowie deren Funktionen werden übrigens nie erläutert.

41 Vgl. Benjamin Blümchen, MC 10, 46.

42 Vgl. ebd. MC 8 und MC 34.

43 Ebd. MC 58.

44 Bibi Blocksberg, MC 46 und MC 50.

45 Ebd. MC 37.

46 Benjamin Blümchen, MC 10.

47 Bibi Blocksberg, MC 42 und 46.

48 Ebd. MC 32.

49 Benjamin Blümchen, MC 76, 49.

50 Bibi Blocksberg, MC 7.

51 Benjamin Blümchen, MC 58.

52 Ebd. MC 49.

53 Bibi Blocksberg, MC 50.

54 Ebd. MC 7.

55 Benjamin Blümchen, MC 8.

56 Ebd., MC 8.

57 Bibi Blocksberg, MC 37.

58 Benjamin Blümchen, MC 76.

59 Bibi Blocksberg, MC 46.

60 Ebd. MC 46.

61 Benjamin Blümchen, MC 76.

62 Vgl. ebd. MC 58.

63 Ebd., MC 40 und 46.

64 Ebd., MC 40.

65 Bibi Blocksberg, MC 46.

66 Benjamin Blümchen, MC 76, 49.

67 Ebd., MC 49.

68 Vgl. ebd., MC 76.

69 Ebd., MC 76.

70 Bibi Blocksberg, MC 50.

71 Vgl. Benjamin Blümchen, MC 57.

72 Ebd., MC 3.

73 Bibi Blocksberg, MC 46.

74 Benjamin Blümchen, MC 8.

75 Ebd., MC 34.

76 Ebd., MC 10.

77 Vgl. ebd., MC 40.

78 Ebd., MC 32.

79 Ebd., MC 53.

80 Bibi Blocksberg, MC 37.

81 Ebd., MC 37.

82 Ebd., MC 7.

83 Vgl. u.a. Gerd Strohmeier, Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden 2004, S. 69ff.

84 Vgl. Kiddinx-Merchandising (Anm. 1).

85 H. Heidtmann (Anm. 33), S. 8.

»ALL THAT IS SOLID MELTS INTO AIR«

Thesen zu Fragen des prekären Lebens
von Kerstin Starkemeier

All that is solid melts in to air«[1], im kommunistischen Manifest von 1848 bezeichnen Karl Marx und Friedrich Engels mit diesem Satz die Auflösung ständischer Formen innerhalb der Kapitalisierung der Gesellschaft. Das kaufmännische Bürgertum vernichtet seine eigenen traditionellen Lebensgrundlagen, um dem alles verschlingenden Weg des Kapitals folgen zu können – um Bourgeoisie zu werden. Das Feld wird geräumt durch und für die »ursprüngliche Akkumulation«[2].
In der »ursprünglichen Akkumulation« wird historisch die Welt in Kapital verwandelt: alle Natur wird Produktionsmittel, das betrifft die menschliche ebenso wie alle anderen und ihre systematische Nutzbarmachung wird ermöglicht durch die Aufteilung der Menschen in Besitzer von Produktionsmitteln und Besitzer von nur einem Produktionsmittel, ihrer eigenen Ware Arbeitskraft. Alle Natur, auch die menschliche, löst sich auf in ihren Wert für die Produktion.
Die Bewegung, mit der in Karl Marx' Das Kapital I die Umwandlung aller ersten (materiellen) in zweite (gesellschaftliche) Natur dargestellt wird, wird, so meine grundlegende Annahme, in der (post)operaistischen Theorie der Gegenwart als eine Art »Selbstrevolutionierung« der Arbeiterbewegung wiederholt.[3]
In diesem Text geht es darum, in Thesenform nach dem Verbleib einiger Grundpfeiler des revolutionären Interesses an der Abschaffung des Kapitals in den gerade in unterschiedlichen Zusammenhängen in Versatzstücken umhertreibenden (post)operaistischen Theorien zu suchen. Der Text kann – und will – keine Einführung in den (Post)Operaismus geben.[4] Ziel ist es viel eher sich zu fragen, was seine aktuelle Aufnahme in Teilen der Linken und Teilen der Kultur»linken« für den weiterhin unumgehbaren Willen, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«[5] bedeutet.

Dein Staat, dein Recht, dein Kapital – einseitige Interessen

»Es geht um die Frage nach globalen sozialen Rechten. Darunter verstehen wir zum Beispiel das Recht, sich dort niederzulassen, wo es einem gefällt, das Recht auf Gesundheitsversorgung, auf Bildung, ein Dach über dem Kopf, eben alles, was du für ein gutes Leben brauchst und zwar jenseits von Staatsangehörigkeit und Arbeit«. (Presseerklärung Euromayday Hamburg, 2006)
»Das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen. Das Recht auf dauernden Aufenthalt für alle, die hier leben wollen. Das Recht auf gebührenfreie Bildung. Das Recht auf selbstbestimmtes Leben und freie Nutzung des öffentlichen Raums.« (Euromayday, Berliner Aufruf 2006)
Diese beiden Zitate stammen aus dem bisherigen Ende (post)operaistischer[6] Theorien, von der Stelle an der sie in eine arbeiterbefreite Praxis übergehen: im Euromayday. Die Unterscheidung gesellschaftlicher Rollen wird hier aufgehoben zu Gunsten eines nicht mehr über die eigene Praxis, sondern über deren rechtliche Validierung bestimmtes »wir«. Von hier aus beginnt die Frage nach dem begründeten Interesse. Was kann eine radikale, antikapitalistische Linke überhaupt am Euromayday interessieren? Kategorisch recht wenig, denn es besteht keine gemeinsame Basis. Die Kollektivität, die sich beim Euromayday herstellt, ist fundiert in der gemeinsamen Staatsbürgerschaft, im gemeinsamen europäischen Standort und im Ausschluss von der materiellen gesellschaftlichen (Re)Produktion. Es finden sich weder Ansatzpunkte eines antinationalen noch eines antikapitalistischen Standpunktes. Was gefordert wird, ist das gute Leben – ungeachtet des schlechten gesellschaftlichen Systems, dass zu einer bloßen Hilfskonstruktion des eigenen Freiheitsbegehrens wird.
Die eigene Vergesellschaftung wird in einem Maße als unhintergehbar angenommen, dass das Subjekt zur Rollenverschiebung aufgerufen wird, nicht zur Abschaffung desjenigen Systems in dem diese Rollen eingeschrieben sind. Das Leben selbst scheint prekär, nicht die eigene Position in seiner spätkapitalistischen Erscheinungsform.[7]
Dass die Worte Kapitalismus, Staat und Nation in den Aufrufen nicht fallen, hat unter anderem den Grund, dass in der Selbstwahrnehmung der an sie angrenzenden Theorien[8] gerade die Auslassung dieser klassischen Pfeiler der kapitalistischen Gesellschaft als Grund der eigenen Radikalität angeführt wird. Dies hat seine Ursache in der (post)opearistischen Wendung einiger zentraler materialistischer Konzepte. In den Theorien ihrer aktuelle wohl populärsten Vertreter, Antonio Negri und Paolo Virno, sind das unter anderen die Hoffnung auf die Krise, die Diskursivierung des General Intellect[9] und die hieraus resultierende vorweggenommene Abschaffung der Lohnarbeit durch ihre Dematerialisierung. Im Umkreis ihrer Theorien soll im Folgenden nach dem Status des politischen Subjekts gesucht werden. Der von Martin Birkner und Robert Foltin in ihrer gerade erschienenen Einführung »(Post-)Operaismus« als zentraler Widerspruch zwischen dem von ihnen sogenannten »orthodoxen Marxismus« und dem (Post)Operaismus ausgemachte Streit um die Antriebsfeder des Kapitals ist hierfür von grundlegender Bedeutung. Er handelt von der »grundlegende Prämisse (des (Post)Operaismus, K.S.), wonach im Gegensatz zum orthodoxen Marxismus nicht Gesetzlichkeiten des Kapitals die kapitalistische Entwicklung bestimmen, sondern die Kämpfe der Klasse.«[10]
Von Birkner und Foltin selbst nur am Rande erwähnt, bricht diese Prämisse auf der einen Seite grundsätzlich mit jeder Form marxschen Materialismus, indem sie den Kapitalismus nicht länger als »Produktion um der Produktion willen« (Karl Marx) erkennen, also als idealistische Struktur, sondern ihn zu einer Art

fehlgeleitetem Materialismus verklären, der zwar durch die Produzenten gelenkt, aber nicht von ihnen regiert wird. Diese theoretische Ermächtigung der Produzenten befähigt auf der anderen Seite jedwede selbsternannte »Bewegung« sich selbst als Auslöser gesellschaftlicher Veränderungen wahrzunehmen und damit die Bestimmung politischer Radikalität von der Konfrontation ihrer Gegner abzulösen. Der systematische Gegensatz zwischen der kapitalistischen und einer befreiten Gesellschaft wird so scheinbar zu einem fließenden Übergang, Arbeit und Lohnarbeit werden identisch gesetzt, Ideologie wird von notwendig falschem zu notwendigem Bewusstsein. Kategorien der Kritik bekommen so im Angesicht der (post)operaistischen Theorie einen grundsätzlich affirmativen Charakter. So wird in den eingangs zitierten Aufrufen Affirmation zur neuen Negation. Zu den unproduktiveren Selbstwidersprüchen, in denen dies in den Aufrufen zum prekären Straßenfest Euromayday resultiert, daher nur am Rande: Migration besteht nur wegen und scheitert an Nationengrenzen, daran, dass der Staat seine Bürger bewacht indem er allen anderen misstraut. Dieses Misstrauen steigert sich mit der Armut oder politischen Devianz des jeweiligen Herkunftslandes. Fest steht: ohne Nation keine Migration, ohne Staat keine Abschiebung und ohne Staat und Nation Bewegungsfreiheit für alle, immer.[11]

Soziale Rechte: Es stellt sich die Frage wer diese Rechte garantieren soll. Doch unabhängig davon, ob die oben aufgelisteten Forderungen nun bewusst an den jeweiligen Nationalstaat oder an die Europäische Union gerichtet werden oder ob sie aufgelistet werden, um die Absurdität der Gewaltmonopole, an die sie gerichtet werden, aufzuzeigen: in jedem Fall gibt es nur ein Gesamtsubjekt, dass mit diesen Themen und ihrer rechtlichen Zurichtung beschäftigt ist, und das ist der sorgende und strafende Nationalstaat. Wenn ich diesen mit Rechtsanfragen überhäufe wird er nicht überfordert sein Gewaltmonopol aufgeben, sondern es hiergegen sichern.

Die Forderung eines arbeitsunabhängigen Grundeinkommens kann nur an eine Zentralgewalt gerichtet sein, die dazu aufgefordert wird das Kapital zu kontrollieren. Da die Idee eines arbeitsunabhängigen Grundeinkommens jedoch grundlegend dem Wesen der kapitalistischen Mehrwertproduktion und deren staatlicher Organisierung widerspricht, käme das der Selbstabschaffung der angeforderten Zentralmacht gleich. In der Form allerdings, in der diesbezügliche Vorschläge inzwischen z.B. durch den thüringischen Ministerpräsidenten Althaus befürwortet werden, haben sie sich lediglich der staatlichen Elendsverwaltung angeschlossen, die sich wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe schwerlich mit den Worten »gutes Leben« assoziieren lässt. Wenn der Kapitalismus fließend in die befreite Produktion übergehen könnte, wäre die Frage nach dem arbeitsunabhängigen Grund-Einkommen unnötig, da zu hoffen stände, dass in einer befreiten Gesellschaft Arbeit nicht mehr als Beweis gesellschaftlicher Nützlichkeit fungiert.

Was allein den Euromayday ins Interesse einer radikalen Linken rückt, sind seine Integrationskraft und das theoretische Feld, das ihn umreißt, der (Post)Operaismus.

Die Krisenhoffnung – warten auf die Selbstrevolutionierung des Kapitals

Im Übergang der sechziger in die siebziger Jahre war die Arbeiterbewegung Italiens stark, und im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern war sie eher Ausgangspunkt einer universitären Linken als deren ungeliebtes Objekt. Die Geschichte des italienischen (Post)Operaismus zeichnet die Kämpfe bei Fiat in Turin nach und bereits an deren Anfang steht ein zentrales operaistisches Motiv, das nachträglich im Hinblick auf die zitierte Struktur der Aufrufe zum Euromayday ins Zentrum rückt: »Wir wollen alles!« Das hieß: »Biete ihr Hundert, fordern wir Tausend!«[12]

Schon Mario Tronti, der in den Sechzigern mit Negri und Raniero Panzieri zu den zentralen Figuren des (Post)Operaismus zählte, diesen allerdings innerhalb der Kommunistischen Partei Italiens einzuführen versuchte, sieht hier den organisierten Ruf nach der Krise. Indem irreale Lohnsummen gefordert werden, soll, so Tronti, das Kapital überfordert und in seine eigene Auflösung getrieben werden. Was bei Tronti zunächst als radikal anarchistischer Zug firmierte, als Versuch die Arbeiterbewegung vor ihrer eigenen Institutionalisierung zu retten, wird in seiner Neuauflage in Antonio Negri und Michael Hardts Empire nicht mehr als eine politische Strategie, sondern als der Ausweg aus dem System kapitalistischer Produktion angeführt.

»Kapitalistische Krise heißt, wie Marx erklärt, eine Situation, die das Kapital zur allgemeinen Erweiterung und zu einer grundlegenden Neuregelung im Produktionsverhältnis zwingt; sie resultiert aus dem Druck, den das Proletariat auf die Profitrate ausübt.«[13]

Zitiert wird an dieser Stelle nicht Karl Marx, sondern Negri selbst mit seiner Schrift »Zyklus und Krise bei Marx«[14].

Zusammengenommen wird die Grundannahme des (Post)Operaismus mit Negris Interpretation des Begriffs der Krise des Kapitals (die bei Marx keineswegs als verheerend, sondern als strukturell angelegten ist), um auf der einen Seite eine vollständige Ermächtigung der Arbeitermacht zu behaupten und auf der anderen Seite allen ihren Tätigkeiten einen grundlegend progressiven Gehalt zuschreiben zu können.

Hierzu Marx: »Durch diesen [...] Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. [...] Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.«[15]

Negri und Hardt räumen ein, dass die Krise bei Marx keinen an sich negativen Stellenwert für das Kapital habe[16], sondern ihr auch zeitweilig eine zentrale Funktion in der politischen Regulierung zukomme, jedoch grenzen sie diese Funktion der Krise für das Kapital auf seine fordistisch-keynesianische Erscheinungsform ein – um ihr letztendlich doch einen destruktiven Charakter für das Kapital zuzusprechen, der sich mit dem (Post)Operaismus auspräge.[17] Die Geschichte des Kapitals wird so zu der des (Post)Operaismus umgedeutet.

Der politische Zweck dieser Verbindung wird dort explizit, wo Negri und Hardt die von Marx systematisch entfaltete Dynamik des Kapitals in seiner Wurzel umkehren und argumentieren: »Die Macht des Proletariats setzt dem Kapital Schranken; sie bestimmt nicht nur die Krise, sondern diktiert auch die Bedingungen und den Charakter der Transformation. Tatsächlich erfindet das Proletariat die gesellschaftlichen Formen und die Formen der Produktion, die das Kapital für die Zukunft zu übernehmen gezwungen ist.«[18]

Der Arbeiter bleibt bei Negri und Hardt letztendlich das revolutionäre Subjekt par excellence, ist jedoch durch diese Allgewalt selbst von der Bürde des Folgenreichtums der eigenen Handlung befreit. Da jede Handlung des Arbeiters das Kapital lenkt und jede seiner Handlungen progressiv deutbar ist, wird das, woran es der traditionellen Arbeiterbewegung (nicht nur) im Angesicht des Ersten und Zweiten Weltkrieges mangelte, revolutionäres Bewusstsein, überflüssig. Die in Empire und andernorts[19] ausgemachte Tendenz zur Immaterialisierung der Arbeit, einer Erweiterung des Dienstleistungssektors die im (Post)Operaismus zum Gegensatz zu einem sehr traditionalistischen Begriff materieller Handarbeit gestellt wird,[20] ermöglichte in diesem Zusammenhang eine »Übersprungshandlung«: Wenn der Arbeiter Beweger des Kapitals ist und durch die Immaterialisierung der Arbeit jeder »Tätige« Arbeiter ist, sind Arbeit und Leben identisch und jeweils von einer kollektiven aber niemals bewussten, weil niemals zum Nicht-Tun fähigen Macht beseelt, die immer affirmativ im Bezug auf das eigene Tun handelt. Da sie jedoch gleichzeitig diejenige ist, die das Kapital lenkt, sind absolute Affirmation der eigenen gesellschaftlichen Rolle und Revolutionierung derselben identisch.

Im konkreten Fall der »Krisentheorie« des »Empires« gelingt Negri und Hardt die vollständige Neuverkettung zentraler Funktionen des Kapitals. Zum einen wird der von Marx dargestellte »tendenzielle Fall der Profitrate«[21], das Ansteigen des fixen Kapitals gegenüber dem lebendigen Kapital und der hierdurch systematisch schwindenden Zusatz von Mehrwert zu einer »Leistung« der Arbeiter zum anderen wird das Kapital selbst von einem »automatischen Subjekt«[22] zu einer »reaktiven Struktur«, das von seinen (immateriellen) Produzenten (also Allen) nur noch in die richtige Richtung getrieben werden muss. Eine bei Marx widersprüchlich angelegte Struktur wird in Negris und Hardts Auffassung des (Post)Operaismus vereindeutigt in relativ voneinander separierte, unambivalente Bewegungsgesetze und einen durch »Gegenmacht« durchsetzbaren möglichen Umschlag des Kapitals aus der Krise in eine Art Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals. Die Progressivität der Arbeiterschaft vorausgesetzt »verbessert« sich das Kapital also durch ihren Einfluss fortwährend bis hin zur eigenen Auflösung. Die Idee einer kollektiven Subjektivität spannt sich in den nicht (post)operaistischen Augen so mehr und mehr in einem immanenten Widerspruch auf: auf der einen Seite wird durch die Auflösung des materiellen Substrats der Arbeit die Basis für Solidarisierungen unbegrenzt erweitert – jede/r ist Arbeiter/in – auf der anderen Seite steckt in dieser Kollektivität kein Subjekt mehr, denn ihm wird die Materialisierung verweigert. Nur in der Affirmation kann das Subjekt sich in diesem System verwirklichen, denn nur die stetige Affirmation führt zur Krise und nur diese bringt den Umschlag von der Produktion unter dem Empire der Gewalt in die Macht der ProduzentInnen.

Die intellektuelle Akkumulation

»Diese ursprüngliche Akkumulation spielt in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie. [...] Die ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel. Er erscheint als ›ursprünglich‹, weil er die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise bildet. Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt.«[23] »Im Postfordismus ist der General Intellect nicht mit dem fixen Kapital gleichzusetzen, sondern erscheint grundsätzlich als sprachliche Interaktion der lebendigen Arbeit. [...] Im Postfordismus spielen begriffliche Konstellationen und logische Schemata eine große Rolle, und diese lassen sich nicht in fixes Kapital verwandeln, da sie von der Interaktion einer Vielheit von Subjekten untrennbar sind. [...] Der Arbeitsprozess vollzieht sich nicht mehr schweigsam, sondern gesprächig.«[24] »Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge [Kenntnisse], zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect [allgemeinen Verstandes] gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind. Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis; des realen Lebensprozesses.«[25]

In Virnos Wendung wird die Einbindung der Subjekte in die Produktion zwar realisiert, jedoch vollständig von ihrer körperlichen Vernutzung und deren Geschichte abgespalten. Noch Marx' Wendung des General Intellect, eine Rückführung der geistigen Arbeit auf ihren materiellen Niederschlag für die Produktivkräfte des Kapitals wird positiviert. Virno treibt hier konsequent einen bei Negri nur angesetzten Schritt zu Ende. Denn wo bei Negri und Hardt der General Intellect den »üblichen« (post)operaistischen Twist bekommt und von der Produktivität des Geistes für die kapitalistische Maschinerie zur antizipativen kollektiven Intelligenz umgedeutet wird[26],

bescheidet sich Virno nicht mit der virtuellen Befreiung der Subjekte. Er will dem Subjekt selbst an den Kragen. In seiner Diskursivierung der prekären Arbeit ins prekäre Leben vollzieht er gleichzeitig den Schritt der Auflösung der Individuen in ihren prekären Status anhand des General Intellect. »Der General Intellect geht heute nicht mehr im fixen Kapital auf, er stellt also nicht mehr nur das im System der Maschine enthaltene Wissen dar, sondern die sprachliche Kooperation einer Multitude an lebendigen Subjekten. [...] Das Individuum fügt der ›allgemeinen Natur‹ (General Intellect, Sprachvermögen, Mobilität der MigrantInnen usw.) den Seinsmodus der ›letzten Aktualität‹ hinzu.«[27]

Die mögliche Solidarisierung der Subjekte wird von ihrem Naturhaften, ihrem Körperlichen, also der Endlichkeit ihres Lebens, getrennt, indem sie ihren Körper nur noch als Verlängerung des Kollektivsubjekts »Multitude« erfahren. Die individuelle Situation ist im obigen Zitat von Virno nicht mehr Ausgangspunkt, sondern bloße Verdoppelung der Verallgemeinerung. Dies geschieht durch die Ontologisierung zuvor positivierter Kategorien der kapitalistischen Produktion. Damit schwindet auch die Möglichkeit der nur endlich realisierbaren Freiheit, deren kategoriale Basis, die Arbeit der Subjekte, durch deren Diskursivierung ersetzt wird. Der »gemeinsame« Diskurs, scheint, auch wenn er selbst ein abhängiger Faktor der gemeinsamen Arbeit ist, als einziges Moment der Freiheit; einer körper- und zeitlosen Freiheit.

Dem Arbeiter wird hier in Absehung von seiner Lohnarbeit geistige Tätigkeit »nachgewiesen« (der Diskurs über die Arbeit) und was mit Marx als Bekämpfung der kapitalistischen Lohnarbeit begann, wird hier als Bekämpfung der eigenen Arbeit vollendet. Arbeit, die individuelle materielle Praxis, bei Hegel als Realisierung der eigenen Freiheit bestimmt[28] und bei Marx in der ursprünglichen Akkumulation als Verlust ebendieser Freiheit nachgezeichnet, wird hier zur bekämpfenswerten materiellen Geißel. Bei Virno wird die Verwirklichung des Willens von der materiellen Realität abgelöst. Was der Diskurs an Freiheit verspricht, kann dagegen nur in der Bekämpfung der kapitalistischen Arbeit als Freiheit material werden.

Diese Entfremdung von der eigenen Arbeit, durch den Status als abhängiger Lohnarbeiter erzwungen, wird von Virno um die Entfremdung von der eigenen gesellschaftlichen Rolle als Arbeiter ergänzt. Da in der Distanzierung vom materiellen Gehalt der eigenen Praxis die Freiheit gesucht wird, ist der Zusammenhang des Warenfetischismus, die Trennung des Produktes von seiner Genese, hier verdoppelt. Der Produzent, den Virno beschreibt, kann nicht nur seine eigene Produktion nicht auf dem Markt wieder erkennen, sondern kann auch sich selbst nicht als Handelnden seiner eigenen Arbeit sehen. Er existiert nur noch im und als Diskurs.

Diese Wiederholung der Bewegung der ursprünglichen Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter naturalisiert die zweite (gesellschaftliche) Natur, um auf ihrer Basis eine weitere Entmaterialisierung zu vollführen: die der gesellschaftlichen Arbeit. Die Arbeit selbst wird ausgetauscht zum Diskurs unter den Bedingungen der Arbeit. Die ursprüngliche Akkumulation wird sozusagen geleugnet, indem jede Form materieller Gewalt ausgeblendet wird. Was Virno den »Kommunismus des Kapitals« nennt (den Postfordismus) (im Gegensatz zum »Sozialismus des Kapitals«, dem Fordismus), setzt sich zusammen aus (a) der »Reduktion gesellschaftlich notwendiger Arbeit«, (b) der »Auflösung der Nationalstaaten« und (c) dem »Wegfall eines ›allgemeinen Äquivalents‹«[29]. Doch was hier aufgelöst wird ist keinesfalls die Gewalt mit der (a) kapitalistische Verwertung, (b) nationale Bürgerschaft oder (c) das Tauschgesetzt auf das individuelle Leben zugreifen. Gelöst wird nur der verbindliche Gegensatz in dem dies zu der zu erkämpfenden Freiheit steht. Der tendenzielle Fall der Profitrate (a), die Globalisierung des Kapitals (b) und die strukturelle Krisenhaftigkeit seiner Märkte (c) sind wesentliche Charakteristika des Kapitals seit Marx. Der einzig wesentliche Umschlag, der hier stattfindet, ist die Abschaffung seines ohnmächtigen Erschaffers: des Subjekts.

Der (Post)Operaismus in seiner Virnoschen Ausprägung ist im strengen Wortsinne eine antimaterialistische Theorie. Er bestreitet den materiellen Charakter des Kapitals und damit auch den seiner Produzenten, der Subjekte. Solidarisierung und Kollektivität werden zu immateriellen, rein symbolischen und damit für die allgemeine Akkumulation folgenlosen Gesten. Das macht Virnos Antimaterialismus attraktiv für genau diejenigen ProduzentInnen, von denen er auch ausgeht. Es handelt sich um eine herrschaftsidentische Selbstermächtigung der geistigen Arbeiter, die nachdem die Revolutionierung der materiellen Arbeiter sowohl in der ersten (um 1917) als auch in der zweiten Revolutionswelle (um 1968) in Europa scheiterte, nicht ihr Scheitern thematisieren, sondern ihre gesellschaftliche Isolation von der Produktion zum erklärten politischen Ziel aller gesellschaftlichen Subjekte überhöhen.

Der als quasinatürlich angenommene Status aller (auch der menschlichen) Natur als Produktionsmittel innerhalb der kapitalistischen Produktion wird in einen Zustand »überwunden«, der die Differenz zwischen dem Subjekt und der von ihm auf den Markt getragenen Arbeitskraft auflöst. Gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionszeit wird aufgelöst in das »prekäre Leben« (Paolo Virno).

Das betrifft (theorie)geschichtlich vor allem die Arbeiterklasse und ihre historische Organisierungsform, die Arbeiterbewegung. Schon die klassische Arbeiterbewegung des frühen 20. Jahrhunderts, hatte sich überall dort von der Revolutionierung der Zustände verabschiedet, wo sie die kapitalistischen Arbeitsbedingungen als Ausgangspunkt der eigenen Freiheit akzeptiert hatte. Die

Arbeiterbewegung, die in den siebziger Jahren begann, sich auf der Basis der flexiblen Akkumulation neu zu formieren, nahm folgerichtig ihre eigene Abschaffung zum Ausgangspunkt der Praxis. Sie formierte sich zu Beginn der siebziger Jahre zunächst in Italien, flankiert von einer postmarxistischen Theorie, die ihre Fixierung auf die Arbeit im Namen trägt: der (Post-)Operarismus. War es das Ziel der revolutionären (Arbeiter)Bewegungen, die ursprüngliche Akkumulation ins Bewusstsein ihrer Subjekte zu bringen und so den eigenen Status als Produktionsmittel zu bekämpfen, scheint es das Ziel der (post)operaistischen ArbeiterInnenbewegung, das gesellschaftliche des eigenen Status anzugreifen und ihn zur eigenen Natur zu erklären. Prekär ist nicht mehr die eigene Arbeitssituation, sondern das Subjekt selbst.

Und wieder löst sich alles Materielle in Luft auf. Nur ist es in diesem Fall nicht die Natur, der sich das industrialisierte Subjekt als ihr Beherrscher gegenüberstellt, sondern dieses Subjekt selbst. Zwischen der ihm im (Post)Operaismus zugeschriebenen Allmacht, eigentlicher Beweggrund des Kapitals zu sein, und der Ohnmacht im gesellschaftlichen Arbeitsprozess nur als dessen prekäre Verlängerung zu existieren, verliert sich die Basis der Organisierung: die Frontstellung gegen die kapitalistische Produktion.

aus: Phase2 Nummer:22/2006

Die Autorin lehrt in Weimar an der Bauhaus-Universität.

(1) Im deutschen Original (erste englische Version 1872) lautet derselbe Satz: »Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.« (Vgl. Marx und Friedrich Engels, Das kommunistische Manifest, in: dies., Werke [MEW] Bd. 4, Berlin 1974.)

(2) Karl Marx, Das Kapital Bd. I, in: MEW 23, Berlin 1972, 741ff.

3) Als Symptom hierfür lässt sich Negris und Hardts Versuch lesen im »Empire« die »ursprüngliche Akkumulation« als einen in der Gegenwart durch die Infusion »immaterieller Arbeit« verwandelten Prozess zu lesen. Vgl. Antonio Negri und Michael Hardt, Empire, New York und Frankfurt/M. 2002, 269.

(4) Hierfür ist eher (Post-)Operaismus, von Martin Birkner und Robert Foltin zu empfehlen. Ihre Einführung in Geschichte und Begriffe dieser Tradition ist zwar von rein affirmativem Interesse aber nichts desto trotz sehr materialreich. Unfreiwillig komisch wird es an der Stelle, wo als Beispiel des orthodoxen Marxismus Erich Honecker zitiert wird (Fußnote auf Seite 59). Martin Birkner und Robert Foltin, (Post-)Operaismus, Schmetterlingverlag, Stuttgart 2006. (Vgl. auch die Rezension des Buchs in der beiliegenden Ausgabe von *Kilby 2*.)

(5) Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, Berlin, 1972, 386.

(6) Birkner und Foltin argumentieren überzeugend, dass der Operaismus immer bereits Postoperaismus gewesen sei, da er nie die Arbeit im klassisch materialistischen Sinne zum Ausgangspunkt gehabt habe. Resultat ist die hier übernommene Schreibweise. Grob könnte man Operaismus und Postoperaismus danach scheiden, dass ersterer die Arbeiterkämpfe Italiens in der These der Bewegung des Kapitals durch die Arbeiter verallgemeinert, und letzterer dieses Theorem mit der von vielen seiner Vertreter in der französischen Diaspora angenommenen Philosophien des Poststrukturalismus kreuzt.

(7) Vgl. Paolo Virno, Grammatik der Multitude, Wien 2005. Ähnliches erreicht der Flyer zum diesjährigen Euromayday in Hamburg, der unter der Frage »Welcher Prekaritätstyp bist du?« die Frage nach der Prekarität im Vorhinein beantwortete.

(8) Vgl. hierzu die Diskussion mit Frank Engster und Gerald Raunig, Das »Prekariat« repräsentiert, in: *Phase 2*.20 (2006), 64?67.

(9) Näheres zum „General Intellect" im letzten Kapitel dieses Artikels.

(10) Birkner/Foltin, (Post-)Operaismus, 48f.

(11) Die hier kritisierte Stellungnahme findet sich in zahllosen Aufrufen, unter anderem in den Texten des Hamburger Euromayday 2005 und 2006.

(12) Hier zitiert nach Birkner/Foltin, (Post-)Operaismus, 22.

(13) Negri/Hardt, Empire, 272.

(14) Vgl. Antonio Negri, Zyklus und Krise bei Marx, Berlin 1972.

(15) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, in: MEW 24, Berlin 1972, 186.

(16) Vgl. Negri/Hardt, Empire, 277.

(17) Vgl. ebd. 313.

(18) Ebd. 279.

(19) Thomas Atzert (Hrsg.), Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998.

(20) Vgl. Negri/Hardt, Empire, 302ff.

(21) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, in: MEW 25, Berlin, 1972, 213ff.

(22) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW 23, Berlin, 1972, 168f.

(23) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW 23, 740 und 743.

(24) Paolo Virno, Grammatik der Multitude, Wien 2005, 150ff.

(25) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 42, Berlin 1983, 602.

(26) Vgl. Negri/Hardt, Empire, 372ff.

(27) Ebd. 174 und 182.

(28) Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Jenaer Realphilosophie. Vorlesungsmanuskripte zur Philosophie der Natur und des Geistes von 1805-1806, Berlin 1969, Abschnitt »Der Wille« und folgendes.

(29) Virno, Multitude, 156f.

crush hour concerts präsentiert:

GUTS PIE EARSHOT am 21.02.

guts pie earshot beschreiben ihre musik selbst als drum'n cello, oder drum'n bass ohne bass, oder tekno ohne teknik und gehören sicherlich zu den ungewöhnlichsten bands, die musikalisch im entfernten Sinn etwas mit Punk/ Hardcore zu tun haben. weitere infos und was zum anhören gibt es unter "www.gutspieearshot.de"

Donnerstag 22.2. TalkRadioTalk (Stade) + Jetsetready (Groningen)

talkradiotalk (stade)
machen screamo mit einer gewaltigen Spur Chaos und Noise, in sich vertrackt, von Highspeed Geknüppel, bis hin zu disharmonischen, schleppenden Momenten ist alles enthalten und das nahezu in jedem Song.

Jetsetready (groningen/nl)
machen emo-post-hardcore; ein perfekter mix aus energetischem hardcore und leichtem atmosphärischem emo/indie.

Montag 26.3. Lushus + thee Irma & Louise

LUSHUS aus den Niederlanden spielen Punk. Ein Schlagzeuger und zwei Bassistinnen, keine Gitarre... die Besetzung läßt schon erahnen, daß wir keinen stumpfen 70er, 80er, 90er... Punk zu erwarten haben, sondern spannende, humorvolle und trickreiche Musik. Niemals gewöhnlich und immer ein bißchen schräg.

THEE IRMA AND LOUISE aus der Schweiz spielen sixties-beeinflusste, krachige, punkige Rock'n'Roll-Musik, die mächtig abgeht. dazu wieder eine gehörige Portion Humor und Stil. Für Fans von Retro-Mucke ohne Rumgemacker.

Termine Februar:
Fr. 2.2. 22:00
Reggae Corner

Sa. 3.2. 22:00
Homophilias - Party für Lesben & Schwule

Mo. 5.2. 20:30
Lateinamerika-Soli-Filmfest zeigt:
Memoria del Saqueo -
Chronik einer Plünderung Peru 2002

Di. 6.2. 22:00
Sputnikkonzerte
Haydamaky (Ukraine)

Do. 8.2. 22:00
Party der Fachschaft Pädagogik

Fr. 9.2. 20:00
Konzert mit 5 Bands

Sa. 10.2. 21:00
Konzert: Beelzebub Airlines + Venus Envy

Fr. 16.2. 23:00
Teonanacatl (Psy Trance)

Sa. 17.2. 22:00
Männerfabrik

Mi. 21.2. 21:00
Crush Hour Concerts
Guts Pie Earshot

Do. 22.2. 21:00 Crush Hour Concerts
Talk Radio Talk myspace + Jetsetready myspace

Fr. 23.2. 22:00
Lisa & Malte Party mit der Band 'Kaligma'

Sa. 24.2. 22:00
Rosa Disco

Termine März:
Fr. 2.3. 22:00 Reggae Corner

Sa. 3.3. 22:00 Lesbischwule 80er Party

Fr. 9.3. 22:00 Out of Space - Hip Hop + Drum `n Bass (Konzert und Party)

Sa. 10.3. 22:00 FrauenLesben-Party 'Die Sufragetten', ab 21:00 Standarttanz

Fr. 16.3. 23:00 Teonanacatl (Psy Trance)

Sa. 17.3. 22:00 Männerfabrik

Fr. 23.3. 21:00 Konzert: Hasperath

Sa. 24.3. 22:00 CSD-Soli-Party

Mo. 26.3. 21:00 Crush Hour: Lushus myspace + Thee Irma & Louise myspace

Fr. 30.3. 21:00 LP-Release Konzert: Feindbild

Sa. 31.3. 22:00 Rosa Disco

Montag:
18:00 Archiv
18:00 Crush Hour Concerts
20:30 Antifa - Cafe

Donnerstag:
17:00 Jugendcafe "Kaluppe"
18:00 SchülerInnenbündnis "Swimmy"
19:00 Vokü, danach Kneipe
21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:
1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 Alhambra-NutzerInnenplenum